

Praktiker-Handbuch Allgemeines Steuer- und Verfahrensrecht 2015

Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung, Nebengesetze, Verwaltungsregelungen, Rechtsprechung,
Stichwortverzeichnis
von
Institut der Wirtschaftsprüfer

27. Auflage

IDW Düsseldorf 2015

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de
ISBN 978 3 8021 1998 9

AO
FGO
2015

Praktiker-Handbuch Allgemeines Steuer- und Verfahrensrecht 2015

Abgabenordnung
Finanzgerichtsordnung
Nebengesetze · Verwaltungsregelungen
Rechtsprechung · Stichwortverzeichnis

27. Auflage

Mit
Online-Zugang

Praktiker-Handbuch

Allgemeines Steuer- und Verfahrensrecht online

Folgende Schritte sind zur Registrierung für die kostenfreie Nutzung des **„Praktiker-Handbuchs Allgemeines Steuer- und Verfahrensrecht online“** notwendig:

1. Loggen Sie sich mit Ihren Zugangsdaten im IDW Portal ein. (Noch nicht registrierte Nutzer führen bitte zuvor eine Erstregistrierung durch.)
2. Unter www.idw-verlag.de im Bereich „AO/FGO online“ können Sie Ihren Freischalt-Code in der dafür vorgesehenen Registrierungsbox am rechten Seitenrand einlösen.
3. Nach jedem Einloggen im IDW Portal steht Ihnen in Zukunft das „Praktiker-Handbuch Allgemeines Steuer- und Verfahrensrecht online“ automatisch zur Verfügung. Der Zugang erfolgt über einen Link unter der oben genannten Internetadresse. Er erlischt mit dem Erscheinen der nächsten Auflage des gedruckten Buches.

Freischalt-Code:

Praktiker-Handbuch

Allgemeines

Steuer- und Verfahrensrecht 2015

Abgabenordnung
Finanzgerichtsordnung
Nebengesetze
Verwaltungsregelungen
Rechtsprechung
Stichwortverzeichnis

Bearbeitet von
Ministerialrat Gregor Kirch
Regierungsdirektor Roland Schiefer
Oberamtsrätin Christine Witt

Stand: 2. März 2015



27. Auflage

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verbreitung in elektronischen Systemen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Werk verwendete Markennamen und Produktbezeichnungen dem marken-, kennzeichen- oder urheberrechtlichen Schutz unterliegen.

© 2015 IDW Verlag GmbH, Tersteegenstraße 14, 40474 Düsseldorf

Die IDW Verlag GmbH ist ein Unternehmen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW).

Gesamtherstellung: B.O.S.S Medien GmbH, Goch

Elektronische Fassung: doctronic GmbH & Co. KG, Bonn

PN 51909/0/0 KN 11551

Die Angaben in diesem Werk wurden sorgfältig erstellt und entsprechen dem Wissensstand bei Redaktionsschluss. Da Hinweise und Fakten jedoch dem Wandel der Rechtsprechung und der Gesetzgebung unterliegen, kann für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben in diesem Werk keine Haftung übernommen werden. Gleichfalls werden die in diesem Werk abgedruckten Texte und Abbildungen einer üblichen Kontrolle unterzogen; das Auftreten von Druckfehlern kann jedoch gleichwohl nicht völlig ausgeschlossen werden, so dass für aufgrund von Druckfehlern fehlerhafte Texte und Abbildungen ebenfalls keine Haftung übernommen werden kann.

ISBN 978-3-8021-1998-9

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.d-nb.de> abrufbar.

www.idw-verlag.de

Vorwort

Die Abgabenordnung enthält den allgemeinen Teil des Steuerrechts. Sie fasst die Vorschriften zusammen, die – vorbehaltlich spezieller Regelungen in den einzelnen Steuergesetzen – für alle Steuerarten gelten. Dazu gehören das Steuerverfahrensrecht einschließlich der Vorschriften über die Änderung von Steuerbescheiden, über die Außenprüfung und über das Rechtsbehelfsverfahren, ferner das Steuerschuldrecht, das z.B. die Vorschriften über die Entstehung und das Erlöschen von Steueransprüchen sowie über die steuerbegünstigten Zwecke umfasst sowie schließlich das Steuerstrafrecht.

Die Reform des allgemeinen Steuerrechts im Jahre 1976 verfolgte das Ziel, die damals zu verzeichnende Rechtszersplitterung zu beseitigen und die Abgabenordnung wieder zu einem umfassenden Mantelgesetz zu machen. Seitdem ist die Abgabenordnung 132-mal geändert worden, zu ihrer Ergänzung sind zwölf Rechtsverordnungen ergangen, die Rechtsprechung war unzählige Male mit Problemen des allgemeinen Steuerrechts befasst und es sind umfangreiche Verwaltungsvorschriften erlassen worden. Wer als Angehöriger der steuerberatenden Berufe, der Gerichte oder der Verwaltung hauptsächlich mit Problemen des besonderen Steuerrechts, d.h. der einzelnen Steuergesetze beschäftigt ist, kann die rasante Rechtsentwicklung nur am Rande verfolgen. Um so dringender ist er auf zuverlässige und übersichtliche Orientierungshilfen angewiesen. Das Praktiker-Handbuch des allgemeinen Steuer- und Verfahrensrechts enthält in seiner 27., völlig überarbeiteten Auflage alle wichtigen Informationen aus den oben genannten Rechtsgebieten nach dem Stand vom 2. März 2015.

Das Handbuch ist in zwei Teile mit jeweils eigenem Stichwortverzeichnis gegliedert. Teil 1 enthält die Abgabenordnung mit ihren Nebengesetzen und den zu ihrer Durchführung erlassenen Verordnungen. Teil 2 enthält die Finanzgerichtsordnung.

Der Abgabenordnung vom 15.3.1976, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2417), sind der Anwendungserlass, die Vollstreckungsanweisung, die Hinweise auf Verwaltungsregelungen und die Leitsätze zur BFH-Rechtsprechung paragraphenweise zugeordnet. Der Anwendungserlass zur AO wurde am 14.1.2015 zuletzt geändert (BStBl. I 2015 S. 76), enthält die grundlegenden bundeseinheitlichen Weisungen zum 1. bis 5. und zum 7. Teil der Abgabenordnung (§§ 1 bis 248, §§ 347 bis 368 AO) sowie zu § 251 AO zur Behandlung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis im Insolvenzverfahren. Die Erläuterungen zum 6. Teil (§§ 249 bis 346 AO) enthalten im Wesentlichen die Vollstreckungsanweisung vom 13.3.1980 (BStBl. 1980 I S. 112) zuletzt geändert durch Allgemeine Verwaltungsvorschrift, der der Bundesrat am 27.3.2015 zugestimmt hat. Zum 8. Teil der Abgabenordnung (§§ 369 bis 412 AO) sind die Anweisungen für das Straf- und Bußgeldverfahren (Steuer) ergangen (Neufassung vom 1.11.2013, BStBl. I S. 1395). Sie sind in Anlage § 369-01 geschlossen wiedergegeben. Da sie sich weitgehend auf die allgemeinen Gesetze über das Straf- und Bußgeldverfahren, insbesondere die Strafprozessordnung und das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten gründen, eignen sie sich nicht für eine paragraphenweise Zuordnung zu den AO-Vorschriften.

Die Verordnungen zur Abgabenordnung sind – wie bisher – bei den Vorschriften zu finden, die zu ihrem Erlass ermächtigen. Weitere in das Handbuch aufgenommene Gesetze sind im ersten Teil im Anschluss an die Abgabenordnung abgedruckt. Die Finanzgerichtsordnung mit den dazu gehörenden Anlagen ist seit der neunten Auflage als selbstständiges zweites Buch in dem Handbuch enthalten. Den Paragraphen der Finanzgerichtsordnung sind die Leitsätze der BFH-Rechtsprechung zum finanzgerichtlichen Verfahren zugeordnet worden.

Der Anlagenteil des Handbuchs zur Abgabenordnung und zur Finanzgerichtsordnung enthält eine umfassende Auswahl von Schreiben des Bundesministers der Finanzen, wichtigen Erlassen der obersten Finanzbehörden der Länder sowie auch weniger bekannte Rundverfügungen der Oberfinanzdirektionen im vollständigen Wortlaut. Bei der Auswahl wurden Weisungen aus allen Bundesländern berücksichtigt. Es kann davon ausgegangen werden, dass entsprechende Regelungen auch in den anderen Bundesländern ergangen sind oder die zitierten Regelungen dort wenigstens dem Sinne nach gelten.

Aus Platzgründen ist es nicht möglich, alle im Buch zitierten Verwaltungsregelungen abzudrucken. Ein Teil der im Buch zitierten Dokumente kann Ihnen deshalb nur elektronisch zur Verfügung gestellt

werden. Dies geschieht durch eine Online-Fassung der vollständigen Ausgabe, die Käufern des Buches bis zum Erscheinen der Folgeauflage auf der Webseite des IDW Verlags zur Verfügung gestellt wird.

Die Auswahl und Bearbeitung des Materials sowie die redaktionelle Betreuung lagen in den Händen von Frau Oberamtsrätin Christine Witt, von Herrn Regierungsdirektor Roland Schiefer und von Herrn Ministerialrat Gregor Kirch.

Anregungen und Wünsche zum Inhalt und zur Ausgestaltung des Praktiker-Handbuchs sind uns jederzeit willkommen.

Düsseldorf, im März 2015

Die Bearbeiter
IDW Verlag GmbH

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Anlagenübersicht Abgabenordnung	XI
Anlagenübersicht Finanzgerichtsordnung	XXXIV
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII

Teil 1 – Abgabenordnung

I. Abgabenordnung (AO)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 1.10.2002 (BGBl. I S. 3866), zuletzt geändert durch Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2417)

mit Anwendungserlass / Vollstreckungsanweisung, Hinweisen auf Verwaltungsregelungen und Leitsätzen zur BFH-Rechtsprechung ab 1990

.....	1
a) Einkommensteuer-Zuständigkeitsverordnung (EStZustV) vom 2.1.2009 (BGBl. I S. 3), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11.12.2012 (BGBl. I S. 2637)	37
b) Verordnung über die örtliche Zuständigkeit für die Einkommensteuer von im Ausland ansässigen Arbeitnehmern des Baugewerbes (Arbeitnehmer-Zuständigkeitsverord- nung Bau – ArbZustBauV) vom 30.8.2001 (BGBl. I S. 2267), geändert durch Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Finanzen und zur Änderung des Münzgesetzes vom 8.5.2008 (BGBl. I S. 810)	39
c) Verordnung über die örtliche Zuständigkeit für die Umsatzsteuer im Ausland ansässiger Unternehmer (UStZustV) in der Fassung des Steueränderungsgesetzes vom 20.12.2001 (BGBl. I S. 3794), zuletzt geändert durch Jahressteuergesetz 2010 vom 8.12.2010 (BGBl. I S. 1768)	41
d) Verordnung über den automatisierten Abruf von Steuerdaten (Steuerdaten-Abruf- verordnung – StDAV) vom 13.10.2005 (BGBl. I S. 3021)	50
e) Verordnung zur Durchführung von § 89 Abs. 2 der Abgabenordnung (Steuer-Aus- kunftsverordnung – StAusKv) vom 30.11.2007 (BGBl. I S. 2783)	228
f) Verordnung zu Art, Inhalt und Umfang von Aufzeichnungen im Sinne des § 90 Abs. 3 der Abgabenordnung (Gewinnabgrenzungsaufzeichnungsverordnung – GAufzV) vom 13.11.2003 (BGBl. I S. 2296), zuletzt geändert durch Amtshilferichtlinie-Umsetzungs- gesetz vom 26.6.2013 (BGBl. I S. 1809)	239
g) Steuerhinterziehungsbekämpfungsverordnung (SteuerHBekV) vom 18.9.2009 (BGBl. I S. 3046)	243
h) Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden durch andere Behörden und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten (Mitteilungsverordnung – MV) vom 7.9.1993 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23.12.2003 (BGBl. I S. 2848)	260
i) Verordnung zur Vergabe steuerlicher Identifikationsnummern – Steueridentifika- tionsnummerverordnung – vom 28.11.2006 (BGBl. I S. 2726), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung von Vorschriften über Verkündung und Bekanntmachungen sowie der Zivilprozessordnung, des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivil- prozessordnung und der Abgabenordnung vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 3044)	375
j) Verordnung über die elektronische Übermittlung von für das Besteuerungsver- fahren erforderlichen Daten (Steuerdaten-Übermittlungsverordnung – StDÜV) vom 28.1.2003 (BGBl. I S. 139), zuletzt geändert durch Steuervereinfachungsgesetz 2011 vom 1.11.2011 (BGBl. I S. 2131)	404
k) Kleinbetragsverordnung (KBV) vom 10.12.1980 (BGBl. I S. 2255), zuletzt geändert durch Steuer-Euroglättungsgesetz vom 19.12.2000 (BGBl. I S. 1790)	420

1)	Verordnung über die gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 180 Abs. 2 der Abgabenordnung (V zu § 180 Abs. 2 AO) vom 19.12.1986 (BGBl. I S. 2663), zuletzt geändert durch Steuerbürokratieabbaugesetz vom 20.12.2008 (BGBl. I S. 2850)	534
II. Anhang zur Abgabenordnung		
1.	Einführungsgesetz zur Abgabenordnung (EGAO) vom 14.12.1976 (BGBl. I S. 3341, BStBl. 1977 I S. 667), zuletzt geändert durch Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2417)	885
2.	Gesetz über die Finanzverwaltung (Finanzverwaltungsgesetz – FVG) vom 4.4.2006 (BGBl. I S. 846), zuletzt geändert durch Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2417)	900
2a.	Verordnung zur Durchführung des § 5 Abs. 2 des Finanzverwaltungsgesetzes vom 22.8.1977 (BGBl. I S. 1678), geändert durch die Zweite Verordnung zur Änderung steuerlicher Verordnungen vom 2.12.2011 (BGBl. I S. 2416)	916
2b.	Verordnung zur Durchführung des § 5 Abs. 3 des Finanzverwaltungsgesetzes vom 19.12.1995 (BGBl. I S. 2086), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.9.2005 (BGBl. I S. 2809)	917
2c.	Verordnung zur Durchführung des § 5 Abs. 4 des Finanzverwaltungsgesetzes vom 22.8.2002 (BGBl. I S. 3405), geändert durch Gesetz vom 22.9.2005 (BGBl. I S. 2809)	918
3.	Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) in der Fassung des Gesetzes vom 12.8.2005 (BGBl. I S. 2354), geändert durch Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10.10.2013 (BGBl. I S. 3786)	919
4.	EU-Beitreibungsgesetz (EUBeitrG) vom 7.12.2011 (BGBl. I S. 2592), geändert durch Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz vom 26.6.2013 (BGBl. I S. 1809)	923
5.	EU-Amtshilfegesetz (EUAHiG) vom 26.6.2013 (BGBl. I S. 1809)	931
6.	Zerlegungsgesetz (ZerlG) vom 6.8.1998 (BGBl. I S. 1998), zuletzt geändert durch Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2417)	938
7.	Gesetz über die strafbefreiende Erklärung (Strafbefreiungserklärungsgesetz – StraBEG) vom 23.12.2003 (BGBl. I S. 2928)	946
7a.	Merkblatt zur Anwendung des Gesetzes über die strafbefreiende Erklärung – Strafbefreiungserklärungsgesetz (StraBEG) vom 3.2.2004 (BStBl. I S. 225)	950
8.	Insolvenzverordnung (InsO) vom 5.10.1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungshilferechts vom 31.8.2013 (BGBl. I S. 3533)	967
III. Anlagen (Verwaltungsregelungen zur Abgabenordnung)		1049
IV. Stichwortverzeichnis zur Abgabenordnung		1693

Teil 2 – Finanzgerichtsordnung

I. Finanzgerichtsordnung (FGO)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.3.2001 (BGBl. I S. 442), zuletzt geändert durch Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften vom 8.7.2014 (BGBl. I S. 890) **mit Hinweisen auf Verwaltungsregelungen und Leitsätzen zur BFH-Rechtsprechung ab 1990**

1

II. Anhang zur Finanzgerichtsordnung

1. Auszug aus dem Gerichtskostengesetz

147

III. Anlagen (Verwaltungsregelungen zur Finanzgerichtsordnung).....

149

IV. Stichwortverzeichnis zur Finanzgerichtsordnung

187

Anlagen (Verwaltungsregelungen zur Abgabenordnung)

Anlage	Inhalt
§ 001 – 01	Bearbeitung von Petitionen in Steuerangelegenheiten; Berichtsverfahren AO-Kartei NRW, vor § 1 Karte 801 – 04/99
§ 001 – 02	Anwendung der im Bundessteuerblatt Teil II veröffentlichten Entscheidungen des Bundesfinanzhofs OFD Hannover vom 26.10.2007 – S 0069 – 1 – StO 143
§ 001 – 03	Unterrichtung der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder über Gerichtsverfahren von grundsätzlicher Bedeutung BMF vom 12.3.2010 – IV A 3 – FG 2032/09/10005, 2010/0180583 (BStBl. 2010 I S. 244)
§ 001 – 04	Eindämmung der Normenflut; BMF-Schreiben zur Aufhebung der BMF-Schreiben, die bis zum 21. März 2014 ergangen sind BMF vom 24.3.2014 – IV A 2 – O 2000/12/10002, 2014/0205033 (BStBl. 2014 I S. 606)
§ 001 – 05	Anwendung von gleich lautenden Erlassen der obersten Finanzbehörden der Länder, die bis zum 21. März 2014 ergangen sind Gleich lautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 24.3.2014 (BStBl. 2014 I S. 607)
§ 001 – CD 01	Gemeinsame Positivliste der BMF-Schreiben und gleich lautenden Erlassen der obersten Finanzbehörden der Länder (Stand 21. März 2014) BMF vom 24.4.2014 – Anlage 1
§ 001 – CD 02	Gemeinsame Liste der im BMF-Schreiben vom 8. April 2013 (BStBl. 2013 I S. 522) und in den gleich lautenden Erlassen der obersten Finanzbehörden der Länder vom 9. April 2013 (BStBl. 2013 I S. 522) aufgeführten und nicht mehr in der aktuellen Positivliste enthaltenen BMF-Schreiben und gleich lautenden Erlassen der obersten Finanzbehörden der Länder; Anlage 2 zu dem BMF-Schreiben vom 9.4.2013 (BStBl. 2013 I S. 522) BMF vom 24.3.2014 – Anlage 2
§ 001 – CD 03	Anwendung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs AO-Kartei NRW, vor § 1 Karte 802 – Stand: 9/2005
§ 002 – CD 01	Stand der Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) und anderer Abkommen im Steuerbereich sowie Abkommensverhandlungen am 1. Januar 2015 BMF vom 19.1.2015 – IV B 2 – S 1301/07/10017-06 (BStBl. 2015 I S. 92)
§ 002 – CD 02	DM-Beträge in den deutschen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (DBA); Umstellung auf den Euro BMF vom 16.3.2001 – IV B 3 – S 1300 – 14/01 (BStBl. 2001 I S. 204)
§ 004 – 01	Erlaß von geänderten Bescheiden über die Feststellung des gemeinen Wertes nicht notierter Anteile an Kapitalgesellschaften unter Berücksichtigung der Grundsätze von Treu und Glauben AO-Kartei NRW, § 4 Karte 802 – 04/99
§ 004 – 02	Treu und Glauben im Steuerrecht AO-Kartei NRW, § 4 Karte 803 – 04/99
§ 006 – 01	Organisation der Finanzämter und Neuordnung des Besteuerungsverfahrens; Arbeitsweise in den Veranlagungsstellen Gleich lautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder vom 19.11.1996 (BStBl. 1996 I, S. 1391)
§ 018 – 01	Örtliche Zuständigkeit für die gesonderte und einheitliche Feststellung der Gewinne ausländischer Personengesellschaften, an denen inländische Gesellschafter beteiligt sind BMF vom 11.12.1989 – IV A 5 – S 0120 – 4/89 (BStBl. 1989 I, S. 470), geändert durch BMF vom 2.1.2001 – IV A 4 – S 0121 – 2/00 (BStBl. 2001 I S. 40)
§ 018 – 02	Örtliche Zuständigkeit im Besteuerungsverfahren; gesonderte Feststellung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung AO-Kartei NRW, § 18 Karte 801 – 11/04

Anlage	Inhalt
§ 019 – 01	Abweichende Zuständigkeit für die Besteuerung vom Einkommen und Vermögen gem. § 19 Abs. 3 und 4 AO („Großstadtfälle“) AO-Kartei NRW, § 19 Karte 803 – 04/04
§ 019 – CD 01	Örtliche Zuständigkeit für die Einkommensteuer bei Angehörigen der Bundeswehr AO-Kartei NRW, § 19 Karte 801 – 06/1994
§ 019 – CD 02	Örtliche Zuständigkeit für die Einkommens-/Vermögensbesteuerung nach Trennung/Scheidung von Ehegatten oder Tod eines Ehepartners AO-Kartei NRW, § 19 Karte 802 – 10/02
§ 019 – CD 03	Örtliche Zuständigkeit für die Einkommensteuer von getrennt lebenden Ehegatten/Lebenspartnern im Jahr der Trennung AO-Kartei Bayern, § 25 Karte 1 – 11.12.2014
§ 021 – CD 01	Örtliche Zuständigkeit für die Umsatzsteuer im Auslang ansässiger Unternehmer AO-Kartei Sachsen-Anhalt, § 21 Karte 1 – 13.2.2013
§ 026 – 01	Verfahrensfragen im Besteuerungsverfahren von Organgesellschaften AO-Kartei NRW, § 26 Karte 803 – 05/05
§ 026 – 02	Örtliche Zuständigkeit im Zusammenhang mit der gesonderten Gewinnfeststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2b AO und Prüfungsanordnung nach Wohnsitzverlegung, Betriebsverlegung oder Betriebsaufgabe AO-Kartei NRW, § 26 Karte 805 – 11/04
§ 026 – 03	Örtliche Zuständigkeit in Fällen der Verschmelzung, der Umwandlung, der Anwachsung und der Aufspaltung AO-Kartei NRW, § 26 Karte 802 – 20.4.2012
§ 026 – 04	Wechsel der örtlichen Zuständigkeit bei Insolvenz- und Liquidationsverfahren AO-Kartei NRW, § 26 Karte 801 – 10.1.2011
§ 026 – 05	Örtliche Zuständigkeit im Zusammenhang mit beschränkter Steuerpflicht AO-Kartei Hessen, § 26 Karte 3 – 2.7.2008
§ 026 – 06	Zuständigkeitswechsel in Fällen der Antragsveranlagung AO-Kartei NRW, § 26 Karte 808 – Stand 12/2003
§ 026 – CD 01	Zuständigkeitswechsel AO-Kartei Baden-Württemberg, § 26 Karte 1 – 1.12.2007
§ 026 – CD 02	Örtliche Zuständigkeit für die Besteuerung verstorbener natürlicher Personen AO-Kartei NRW, § 26 Karte 806 – 10/02
§ 026 – CD 03	Örtliche Zuständigkeit in Liquidations- und Insolvenzfällen AO-Kartei Sachsen-Anhalt, § 26 Karte 2 – 10.8.2010
§ 030 – 01	Austausch von Informationen, die dem Steuergeheimnis unterliegen; telefonischer Austausch zwischen den Finanzbehörden AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 1 Karte 802 – 27.3.2001
§ 030 – 02	Erläuterungen zur Wahrung des Steuergeheimnisses gegenüber parlamentarischen Untersuchungsausschüssen BMF vom 13.5.1987 – IV A 5 – S 0130 – 35/87
§ 030 – 03	Auskünfte an Gewerbebehörden in gewerberechtlichen Verfahren und Mitteilungen bei Betriebsaufgaben und Betriebsveräußerungen BMF vom 19.12.2013 – IV A 3 S 0130/10/10019 (BStBl. 2014 I S. 19)
§ 030 – 04	Auskunftserteilung an die Gemeinden in Realsteuerangelegenheiten AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 1 Karte 808 – 20.1.2015
§ 030 – 05	Offenbarung steuerlicher Verhältnisse gegenüber Gesamtschuldnern OFD Frankfurt vom 18.12.2013 – S 0130 A 44 St 23
§ 030 – 06	Auskunft über die steuerlichen Verhältnisse mehrerer Personen, insbesondere gegenüber Gesamtschuldnern AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 1 Karte 810 – 11/05

Anlage	Inhalt
§ 030 – 07	Auskunft über die Haftung bei Betriebsübernahme (§ 75 AO) AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 1 Karte 811 – 04/99
§ 030 – 08	Auskunft an Abgeordnete AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 3 Karte 801 – 04/99
§ 030 – 09	Gleich lautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder zu Mitteilungen der Finanzbehörden über Pflichtverletzungen und andere Informationen gemäß § 10 StBerG Gleich lautende Erlasse der oberste Finanzbehörden der Länder vom 22.7.2014 (BStBl. 2014 I S. 1195)
§ 030 – 10	Steuergeheimnis in Angelegenheiten des Insolvenzrechts AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 1 Karte 814 – 10/02
§ 030 – 11	Auskunftserteilung in Angelegenheiten des Insolvenzrechts OFD Frankfurt vom 5.12.2013 – S 0130 A – 115 – St 23
§ 030 – 12	Mitteilungen der Finanzbehörden zur Durchführung dienstrechtlicher Maßnahmen bei Beamten und Richtern BMF vom 12.3.2010 – IV A 3 – S 0130/08/10006, 2010/0185827 (BStBl. 2010 I S. 222)
§ 030 – CD 01	Unterrichtung der Gemeinden über die Gemeinnützigkeit von Vereinen bei Durchlaufspenden AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 1 Karte 809 – 11/04
§ 030 – CD 02	Auskunft an Pfändungsgläubiger eines Steuerpflichtigen über Steuererstattungsansprüche AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 823 – 04/99
§ 030 – CD 03	Auskunft über die Vermögensverhältnisse des Drittschuldners im Vollstreckungsverfahren AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 1 Karte 803 – 04/99
§ 030 – CD 04	Auskünfte und Mitteilungen an die Paßbehörden wegen Versagung oder Entziehung eines Reisepasses nach §§ 7, 8 Paßgesetz und wegen einer Anordnung nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über Personalausweise AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 1 Karte 804 – 04/99
§ 030 – CD 05	Auskunft der Finanzbehörden nach § 21 Abs. 4 Sozialgesetzbuch (SGB) X AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 801 – 10.2.2012
§ 030 – CD 06	Auskunft an die Träger der Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch XII AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 809 – 10.2.2012
§ 030 – CD 07	Auskunft an die am Zerlegungsverfahren beteiligten Gemeinden nach § 187 AO AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 811 – 04/99
§ 030 – CD 08	Auskunft an die Gemeinden über die für die Festsetzung der Realsteuern erheblichen Vorgänge AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 812 – 04/99
§ 030 – CD 09	Mitteilungen an die Straf- und Bußgeldsachenstellen wegen unbefugter Hilfeleistung in Steuersachen AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 819 – 04/99
§ 030 – CD 10	Übermittlung von Besteuerungsgrundlagen an Religionsgemeinschaften AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 824 – 04/99
§ 030 – CD 11	Mitteilungen und Auskünfte an die Strafverfolgungsbehörden und Strafgerichte AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 4 Karte 801 – 08/2003
§ 030 – CD 12	Auskunft an andere Behörden AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 1 Karte 801 – 04/99
§ 030 – CD 13	Mitteilungen und Auskünfte an die Gerichte AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 1 Karte 805 – 10/2005
§ 030 – CD 14	Mitteilung von Bodenschätzungsergebnissen AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 1 Karte 813 – 04/99

Anlage	Inhalt
§ 030 – CD 15	Auskunft an die landwirtschaftlichen Alterskassen AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 805 – 04/99
§ 030 – CD 16	Auskunft an die Verwaltungsbehörden der Kriegsopferversorgung AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 806 – 04/99
§ 030 – CD 17	Auskunft an die Bewilligungsbehörden für Wohngeld AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 808 – 10/02
§ 030 – CD 18	Auskunft an die Verwaltungsgerichte in steuerlichen Verfahren AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 1 Karte 806 – 1.4.1999
§ 030 – CD 19	Auskunft an die Arbeitsämter im Zusammenhang mit der Gewährung von Insolvenzgeld AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 804 – 02/02
§ 030 – CD 20	Auskunft an die Landwirtschaftsgerichte nach § 3a HöfeVfO AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 815 – 10/02
§ 030 – CD 21	Auskunft an die für die Gewährung von Leistungen nach dem Unterhaltssicherungs- gesetz zuständigen Behörden AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 821 – 05/05
§ 030 – CD 22	Strafanzeigen und Strafanträge bei nichtsteuerlichen Straftaten AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 5 Karte 803 – 30.4.2012
§ 030 – CD 23	Wahrung des Steuergeheimnisses durch Bedienstete der Finanzverwaltung bei Aussagen vor Gericht AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 1 Karte 807 – 30.4.2012
§ 030 – CD 24	Auskunft an die Landwirtschaftsgerichte nach § 17 LWVG AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 814 – 1.4.1999
§ 030 – CD 25	Auskunft an die Registergerichte AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 813 – 16.11.2011
§ 030 – CD 26	Auskunftserteilung an die Jugendämter AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 810 – 09/00
§ 030 – CD 27	Auskunft an die Genehmigungsbehörden im gewerblichen Personenverkehr AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 816 – 04/99
§ 030 – CD 28	Auskunft an die Ämter für Ausbildungsförderung AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 802 – 04/04
§ 030 – CD 29	Auskunft an die Arbeitsämter nach dem SGB III (Arbeitsförderung) AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 803 – 09/00
§ 030 – CD 30	Auskunft an die Genehmigungs- und Erlaubnisbehörden im Güterkraftverkehr AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 817 – 11/04
§ 030 – CD 31	Abgabenrechtliche Behandlung von Schmier- und Bestechungsgeldern AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 825 – 11/04
§ 030 – CD 32	Auskunft an die Gerichte über Nachlaßwerte im Kosteninteresse AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 3 Karte 802 – 04/99
§ 030 – CD 33	Auskunft an die Familienkassen in Angelegenheiten des Familienleistungsausgleichs AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 807 – 05/05
§ 030 – CD 34	Auskunft an die Gerichte bei Anträgen auf Bewilligung von Prozeßkostenhilfe und Beratungshilfe AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 3 Karte 803 – 04/99
§ 030 – CD 35	Auskunftserteilung/Aktenübersendung an Sozialgerichte AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 3 Karte 804 – 11/05
§ 030 – CD 36	Mitteilung von Steuerdaten an die Verfassungsschutzbehörden AO-Kartei Bayern, § 30 Abs. 4 Nr. 5 Karte 6 – 13.10.2009
§ 030 – CD 37	Auskunftserteilung an Gerichte in Unterhaltssachen AO-Kartei NRW, § 30 Abs. 4 Nr. 2 Karte 820 – 16.11.2011

I. Gesetze und Verordnungen

1. Abgabenordnung mit Anwendungserlaß, Hinweisen auf Verwaltungsregelungen und Leitsätzen zur BFH-Rechtsprechung

Abgabenordnung (AO)

In der Fassung der Bekanntmachung vom 1.10.2002 (BGBl. I S. 1056)

Die Neufassung berücksichtigt die Änderungen der AO vom 16.3.1976 durch folgende Gesetze:

1. Adoptionsgesetz vom 2.7.1976 (BGBl. I S. 1749)
2. Viertes Gesetz zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen vom 28.2.1978 (BGBl. I S. 333)
3. Strafverfahrensänderungsgesetz 1979 (StVÄG 1979) vom 5.10.1978 (BGBl. I S. 1645)
4. Gesetz zur Änderung der Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 22.12.1978 (BGBl. I S. 2063)
5. Gesetz zur Änderung zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften vom 1.2.1979 (BGBl. I S. 127)
6. Gesetz zur Neufassung des Umsatzsteuergesetzes und zur Änderung anderer Gesetze vom 26.11.1979 (BGBl. I S. 1953)
7. Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einkommensteuergesetzes vom 25.6.1980 (BGBl. I S. 731)
8. Gesetz zur Neuregelung der Einkommensbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft vom 25.6.1980 (BGBl. I S. 732)
9. Steuerentlastungsgesetz 1981 vom 16.8.1980 (BGBl. I S. 1381)
10. Gesetz zur Änderung und Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes und andere Gesetze vom 18.8.1980 (BGBl. I S. 1537)
11. Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes und anderer Gesetze vom 20.8.1980 (BGBl. I S. 1545)
12. Siebentes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 13.7.1981 (BGBl. I S. 625)
13. Gesetz zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechts vom 28.7.1981 (BGBl. I S. 681)
14. Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung vom 15.12.1981 (BGBl. I S. 1390)
15. Haushaltsstrukturgesetz vom 22.12.1981 (BGBl. I S. 1523)
16. Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 22.12.1983 (BGBl. I S. 1577)
17. Steuerentlastungsgesetz 1984 vom 22.12.1983 (BGBl. I S. 1583)
18. Bilanzrichtliniengesetz vom 19.12.1985 (BGBl. I S. 2355)
19. Steuerbereinigungsgesetz 1986 vom 19.12.1985 (BGBl. I S. 2436)
20. Strafverfahrensänderungsgesetz 1987 vom 27.1.1987 (BGBl. I S. 475)
21. Steuerreformgesetz 1990 vom 25.7.1988 (BGBl. I S. 1093)
22. Vereinsförderungsgesetz vom 18.12.1989 (BGBl. I S. 2212)
23. Wohnungsbauförderungsgesetz vom 22.12.1989 (BGBl. I S. 2408)
24. Betreuungsgesetz vom 12.9.1990 (BGBl. I S. 2002)
25. Einigungsvertrag vom 23.9.1990 (BGBl. I S. 885)
26. Sechstes Überleitungsgesetz vom 25.9.1990 (BGBl. I S. 2106)
27. Kultur- und Stiftungsförderungsgesetz vom 13.12.1990 (BGBl. I S. 2775)
28. Rechtspflege-Vereinfachungsgesetz vom 17.12.1990 (BGBl. I S. 2847)
29. Steueränderungsgesetz 1992 vom 25.2.1992 (BGBl. I S. 297)
30. Gesetz zur Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes und anderer Gesetze vom 7.7.1992 (BGBl. I S. 1222)
31. Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetz vom 25.8.1992 (BGBl. I S. 1548)
32. FGO-Änderungsgesetz vom 21.12.1992 (BGBl. I S. 2109)
33. Drittes Gesetz zur Änderung des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes vom 21.12.1992 (BGBl. I S. 2118)

34. Verbrauchsteuer-Binnenmarktgesetz vom 21.12.1992 (BGBl. I S. 2150)
35. Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23.6.1993 (BGBl. I S. 944)
36. Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz vom 21.12.1993 (BGBl. I S. 2310)
37. Kostenrechtsänderungsgesetz vom 24.6.1994 (BGBl. I S. 1325)
38. Gesetz zur Änderung des Rechtspflegergesetzes und anderer Gesetze vom 24.6.1994 (BGBl. I S. 1374)
39. Grenzpendlergesetz vom 24.6.1994 (BGBl. I S. 1395)
40. Gesetz zur Änderung von Vorschriften über das Schuldnerverzeichnis vom 15.7.1994 (BGBl. I S. 1566)
41. Drittes Durchführungsgesetz/EWG zum VAG vom 21.7.1994 (BGBl. I S. 1630)
42. Postneuordnungsgesetz vom 14.9.1994 (BGBl. I S. 2325, 2388)
43. Jahressteuergesetz 1996 vom 11.10.1995 (BGBl. I S. 1250)
44. Jahressteuerergänzungsgesetz 1996 vom 18.12.1995 (BGBl. I S. 1959)
45. Jahressteuergesetz (JStG) 1997 vom 20.12.1996 (BGBl. I S. 2049)
46. Zweites Gesetz zur Änderung zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften (2. Zwangsvollstreckungsnovelle) vom 17.12.1997 (BGBl. I S. 3039)
47. Sechstes Gesetz zu Reform des Strafrechts (6. StrRG) vom 26.1.1998 (BGBl. I S. 164)
48. Gesetz vom 16.6.1998 (BGBl. I S. 1311)
49. Gesetz zur Datenermittlung für den Verteilungsschlüssel des Gemeindeanteils am Umsatzsteuerertrag und zur Änderung steuerlicher Vorschriften vom 23.6.1998 (BGBl. I S. 1496)
50. Gesetz zu dem Übereinkommen vom 26.7.1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (EG-Finanzschutzgesetz – EGFinSchG) vom 10.9.1998 (BGBl. I S. 2322)
51. Steueränderungsgesetz 1998 vom 19.12.1998 (BGBl. 1998 I S. 3816)
52. Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung und anderer Gesetze vom 19.12.1998 (BGBl. I S. 3836)
53. Steuerbereinigungsgesetz 1999 vom 22.12. 1999 (BGBl. I S. 2601)
54. Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Tätigkeit der Steuerberater (7. StBÄndG) vom 24.6.2000 (BGBl. I S. 874)
55. Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen vom 14.7.2000 (BGBl. I S. 1034)
56. Steuerordnungsgesetz vom 23.10.2000 (BGBl. I S. 1433)
57. Steuer-Euroglättungsgesetz vom 19.12.2000 (BGBl. I S. 1790)
58. Gesetz zur Änderung des Investitionszulagengesetzes 1999 vom 20.12.2000 (BGBl. I S. 1850)
59. Gesetz zur Neuordnung des Gerichtsvollzieherkostenrechts vom 19.4.2001 (BGBl. I S. 623)
60. Zustellungsreformgesetz vom 25.6.2001 (BGBl. I S. 1206)
61. Altersvermögensgesetz vom 26.6.2001 (BGBl. I S. 1310)
62. Zivilprozessreformgesetz vom 27.7.2001 (BGBl. I S. 1887)
63. Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30.8.2001 (BGBl. I S. 2267)
64. Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz vom 19.12.2001 (BGBl. I S. 3922)
65. Steueränderungsgesetz 2001 vom 20.12.2001 (BGBl. I S. 3794)
66. Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz vom 20.12.2001 (BGBl. I S. 3858)
67. Viertes Finanzmarktförderungsgesetz vom 21.6.2002 (BGBl. I S. 2010)
68. Steuerbeamten-Ausbildungsgesetz vom 23.7.2002 (BGBl. I S. 2715)
69. Gesetz zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit vom 23.7.2002 (BGBl. I S. 2787)
70. Zollfahndungsneuregelungsgesetz vom 16.8.2002 (BGBl. I S. 3202)
71. Drittes Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften vom 21.8.2002 (BGBl. I S. 3222)

Änderungen der AO in der Bekanntmachung vom 1.10.2002 durch:

72. Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23.12.2002 (BGBl. I S. 4621)
73. Steuervergünstigungsabbaugesetz vom 16.5.2003 (BGBl. I S. 660)
74. Kleinunternehmerförderungsgesetz vom 31.7.2003 (BGBl. I S. 1550)
75. Steueränderungsgesetz 2003 vom 15.12.2003 (BGBl. I S. 2645)
76. Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23.12.2003 (BGBl. I S. 2848)
77. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit vom 23.12.2003 (BGBl. I S. 2928)
78. Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003 (BGBl. I S. 2954)
79. Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022)
80. Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen vom 23.4.2004 (BGBl. I S. 606)
81. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz vom 5.5.2004 (BGBl. I S. 1718)
82. Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze vom 21.7.2004 (BGBl. I S. 1753)
83. Erstes Justizmodernisierungsgesetz vom 24.8.2004 (BGBl. I S. 2198)
84. Gesetz zur Organisationsreform der Rentenversicherung vom 9.12.2004 (BGBl. I S. 3242)
85. Richtlinien-Umsetzungsgesetz vom 9.12.2004 (BGBl. I S. 3310)
86. Justizkommunikationsgesetz vom 22.3.2005 (BGBl. I S. 837)
87. Gesetz zur Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in Bundespolizei vom 21.6.2005 (BGBl. I S. 1818)
88. Gesetz zur Novellierung des Verwaltungszustellungsrechts vom 12.8.2005 (BGBl. I S. 2354)
89. Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters vom 22.9.2005 (BGBl. I S. 2809)
90. Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen vom 28.4.2006 (BGBl. I S. 1095)
91. Steueränderungsgesetz 2007 vom 19.7.2006 (BGBl. I S. 1652)
92. Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 22.8.2006 (BGBl. I S. 1970)
93. Föderalismusreform-Begleitgesetz vom 5.9.2006 (BGBl. I S. 2098)
94. Jahressteuergesetz 2007 vom 13.12.2006 (BGBl. I S. 2878)
95. Gesetz zur Änderung des Passgesetzes und weiterer Vorschriften vom 20.7.2007 (BGBl. I S. 1566)
96. Unternehmensteuerreformgesetz 2008 vom 14.8.2007 (BGBl. I S. 1912)
97. Zweites Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 7.9.2007 (BGBl. I S. 2246)
98. Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements vom 10.10.2007 (BGBl. I S. 2332)
99. Zweites Gesetz zur Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes und anderer Gesetze vom 13.12.2007 (BGBl. I S. 2897)
100. Jahressteuergesetz 2008 vom 20.12.2007 (BGBl. I S. 3150)
101. Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG vom 21.12.2007 (BGBl. I S. 3198)
102. Achstes Gesetz zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes vom 8.4.2008 (BGBl. I S. 666)
103. Geldwäschebekämpfungsergänzungsgesetz vom 13.8.2008 (BGBl. I S. 1690)
104. Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen vom 23.10.2008 (BGBl. I S. 2026)
105. Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.12.2008 (BGBl. I S. 2586)
106. Jahressteuergesetz 2009 vom 19.12.2008 (BGBl. I S. 2794)
107. Steuerbürokratieabbaugesetz vom 20.12.2008 (BGBl. I S. 2850)

108. Gesetz zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale vom 20.4.2009 (BGBl. I S. 774)
109. Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz vom 25.5.2009 (BGBl. I S. 1102)
110. Gesetz zur Reform des Kontopfändungsschutzes vom 6.7.2009 (BGBl. I S. 1707)
111. Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung vom 29.7.2009 (BGBl. I S. 2258)
112. Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz vom 29.7.2009 (BGBl. I S. 2302)
113. Gesetz über die Internetversteigerung in der Zwangsvollstreckung und zur Änderung anderer Gesetze vom 30.7.2009 (BGBl. I S. 2474)
114. Jahressteuergesetz 2010 vom 8.12.2010 (BGBl. I S. 1768)
115. Zweites Gesetz zur erbrechtlichen Gleichstellung nichtehelicher Kinder, zur Änderung der Zivilprozessordnung und der Abgabenordnung vom 12.4.2011 (BGBl. I S. 615)
116. Schwarzgeldbekämpfungsgesetz vom 28.4.2011 (BGBl. I S. 676)
117. Steuervereinfachungsgesetz 2011 vom 1.11.2011 (BGBl. I S. 2131)
118. Beitreibungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz vom 7.12.2011 (BGBl. I S. 2592)
119. Gesetz zur Optimierung der Geldwäscheprävention vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 2959)
120. Gesetz zur Änderung von Vorschriften über Verkündung und Bekanntmachungen sowie der Zivilprozessordnung, des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung und der Abgabenordnung vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 3044)
121. Gesetz über die Vereinfachung des Austauschs von Informationen und Erkenntnissen zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom 21.7.2012 (BGBl. I S. 1566)
122. Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes vom 21.3.2013 (BGBl. I S. 556)
123. Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens vom 3.5.2013 (BGBl. I S. 1084)
124. Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften vom 26.6.2013 (BGBl. I S. 1809)
125. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25.7.2013 (BGBl. I S. 2749)
126. Gesetz zur Strukturreform des Gebührenrechts des Bundes vom 7.8.2013 (BGBl. I S. 3154)
127. AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz vom 18.12.2013 (BGBl. I S. 4318)
128. Gesetz zur Anpassung steuerlicher Regelungen an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 18.7.2014 (BGBl. I S. 1042)
129. Gesetz zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 25.7.2014 (BGBl. I S. 1266)
130. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens vom 20.11.2014 (BGBl. I S. 1738)
131. Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2415)
132. Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2417)

Inhaltsübersicht

Erster Teil. Einleitende Vorschriften

Erster Abschnitt: Anwendungsbereich

		Seite
§ 1	Anwendungsbereich	17
§ 2	Vorrang völkerrechtlicher Vereinbarungen	19

Zweiter Abschnitt: Steuerliche Begriffsbestimmungen

§ 3	Steuern, steuerliche Nebenleistungen	20
§ 4	Gesetz	21
§ 5	Ermessen	22
§ 6	Behörden, Finanzbehörden	23
§ 7	Amtsträger	24
§ 8	Wohnsitz	26
§ 9	Gewöhnlicher Aufenthalt	28
§ 10	Geschäftsleitung	29
§ 11	Sitz	29
§ 12	Betriebstätte	30
§ 13	Ständiger Vertreter	31
§ 14	Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	31
§ 15	Angehörige	32

Dritter Abschnitt: Zuständigkeit der Finanzbehörden

§ 16	Sachliche Zuständigkeit	33
§ 17	Örtliche Zuständigkeit	33
§ 18	Gesonderte Feststellungen	34
§ 19	Steuern vom Einkommen und Vermögen natürlicher Personen	36
§ 20	Steuern vom Einkommen und Vermögen der Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen	38
§ 20a	Steuern vom Einkommen bei Bauleistungen	39
§ 21	Umsatzsteuer	41
§ 22	Realsteuern	43
§ 22a	Zuständigkeit auf dem Festlandsockel oder an der ausschließlichen Wirtschaftszone	44
§ 23	Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und Verbrauchsteuern	44
§ 24	Ersatzzuständigkeit	44
§ 25	Mehrfache örtliche Zuständigkeit	45
§ 26	Zuständigkeitswechsel	46
§ 27	Zuständigkeitsvereinbarung	47
§ 28	Zuständigkeitsstreit	48
§ 29	Gefahr im Verzug	48

Vierter Abschnitt: Steuergeheimnis

§ 30	Steuergeheimnis	49
§ 30a	Schutz von Bankkunden	65
§ 31	Mitteilung von Besteuerungsgrundlagen	68
§ 31a	Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmissbrauchs	70
§ 31b	Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	75

Fünfter Abschnitt: Haftungsbeschränkung für Amtsträger

§ 32	Haftungsbeschränkung für Amtsträger	78
------	---	----

Zweiter Teil. Steuerschuldrecht

Erster Abschnitt: Steuerpflichtiger

§ 33	Steuerpflichtiger	79
§ 34	Pflichten der gesetzlichen Vertreter und der Vermögensverwalter	80
§ 35	Pflichten des Verfügungsberechtigten	84
§ 36	Erlöschen der Vertretungsmacht	85

Zweiter Abschnitt: Steuerschuldverhältnis

§ 37	Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	86
§ 38	Entstehung der Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	93
§ 39	Zurechnung	95
§ 40	Gesetz- oder sittenwidriges Handeln	101
§ 41	Unwirksame Rechtsgeschäfte	102
§ 42	Mißbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten	104
§ 43	Steuerschuldner, Steuervergütungsgläubiger	113
§ 44	Gesamtschuldner	114
§ 45	Gesamtrechtsnachfolge	116
§ 46	Abtretung, Verpfändung, Pfändung	118
§ 47	Erlöschen	125
§ 48	Leistung durch Dritte, Haftung Dritter	126
§ 49	Verschollenheit	126
§ 50	Erlöschen und Unbedingtwerden der Verbrauchsteuer, Übergang der bedingten Verbrauchsteuerschuld	126

Dritter Abschnitt: Steuerbegünstigte Zwecke

§ 51	Allgemeines	127
§ 52	Gemeinnützige Zwecke	130
§ 53	Mildtätige Zwecke	139
§ 54	Kirchliche Zwecke	142
§ 55	Selbstlosigkeit	143
§ 56	Ausschließlichkeit	150
§ 57	Unmittelbarkeit	150
§ 58	Steuerlich unschädliche Betätigungen	152
§ 59	Voraussetzung der Steuervergünstigung	156
§ 60	Anforderungen an die Satzung	158
§ 60a	Feststellung der satzungsmäßigen Voraussetzungen	160
§ 61	Satzungsmäßige Vermögensbindung	162
§ 62	Rücklagen und Vermögensbildung	164
§ 63	Anforderungen an die tatsächliche Geschäftsführung	168
§ 64	Steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	170
§ 65	Zweckbetrieb	177
§ 66	Wohlfahrtspflege	179
§ 67	Krankenhäuser	181
§ 67a	Sportliche Veranstaltungen	183
§ 68	Einzelne Zweckbetriebe	189

Vierter Abschnitt: Haftung

§ 69	Haftung der Vertreter	194
§ 70	Haftung des Vertretenen	197
§ 71	Haftung des Steuerhinterziehers und des Steuerhehlers	198
§ 72	Haftung bei Verletzung der Pflicht zur Kontenwahrheit	199
§ 73	Haftung bei Organschaft	199
§ 74	Haftung des Eigentümers von Gegenständen	200
§ 75	Haftung des Betriebsübernehmers	202
§ 76	Sachhaftung	207
§ 77	Duldungspflicht	207

Dritter Teil. Allgemeine Verfahrensvorschriften**Erster Abschnitt: Verfahrensgrundsätze****1. Unterabschnitt: Beteiligung am Verfahren**

§ 78	Beteiligte	208
§ 79	Handlungsfähigkeit	209
§ 80	Bevollmächtigte und Beistände	210
§ 81	Bestellung eines Vertreters von Amts wegen	212

2. Unterabschnitt: Ausschließung und Ablehnung von Amtsträgern und anderen Personen

§ 82	Ausgeschlossene Personen	213
§ 83	Besorgnis der Befangenheit	214
§ 84	Ablehnung von Mitgliedern eines Ausschusses	214

3. Unterabschnitt: Besteuerungsgrundsätze, Beweismittel

I. Allgemeines

§ 85	Besteuerungsgrundsätze	215
§ 86	Beginn des Verfahrens	218
§ 87	Amtssprache	218
§ 87a	Elektronische Kommunikation	219
§ 88	Untersuchungsgrundsatz	223
§ 88a	Sammlung von geschützten Daten	226
§ 89	Beratung, Auskunft	227
§ 90	Mitwirkungspflichten der Beteiligten	238
§ 91	Anhörung Beteiligter	248
§ 92	Beweismittel	250

II. Beweis durch Auskünfte und Sachverständigengutachten

§ 93	Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen	251
§ 93a	Allgemeine Mitteilungspflichten	260
§ 93b	Automatisierter Abruf von Kontoinformationen	264
§ 94	Eidliche Vernehmung	265
§ 95	Versicherung an Eides Statt	266
§ 96	Hinzuziehung von Sachverständigen	267

III. Beweis durch Urkunden und Augenschein

§ 97	Vorlage von Urkunden	268
§ 98	Einnahme des Augenscheins	269
§ 99	Betreten von Grundstücken und Räumen	270
§ 100	Vorlage von Wertsachen	271

IV. Auskunfts- und Vorlageverweigerungsrechte

§ 101	Auskunfts- und Eidesverweigerungsrecht der Angehörigen	271
§ 102	Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsgeheimnisse	272
§ 103	Auskunftsverweigerungsrecht bei Gefahr der Verfolgung wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit	274
§ 104	Verweigerung der Erstattung eines Gutachtens und der Vorlage von Urkunden	274
§ 105	Verhältnis der Auskunfts- und Vorlagepflicht zur Schweigepflicht öffentlicher Stellen ..	275
§ 106	Beschränkung der Auskunfts- und Vorlagepflicht bei Beeinträchtigung des staatlichen Wohls	275

V. Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen

§ 107	Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen	276
-------	---	-----

4. Unterabschnitt: Fristen, Termine, Wiedereinsetzung

§ 108	Fristen und Termine	278
§ 109	Verlängerung von Fristen	280
§ 110	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	281

5. Unterabschnitt: Rechts- und Amtshilfe

§ 111	Amtshilfepflicht	283
§ 112	Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe	284
§ 113	Auswahl der Behörde	285
§ 114	Durchführung der Amtshilfe	285
§ 115	Kosten der Amtshilfe	285
§ 116	Anzeige von Steuerstraftaten	286
§ 117	Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe in Steuersachen	287

§ 117a	Übermittlung personenbezogener Daten an Mitgliedstaaten der Europäischen Union ..	290
§ 117b	Verwendung von den nach dem Rahmenbeschluss 2006/960/JI des Rates übermittelten Daten	291
§ 117c	Umsetzung innerstaatlich anwendbarer völkerrechtlicher Vereinbarungen zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten	292

Zweiter Abschnitt: Verwaltungsakte

§ 118	Begriff des Verwaltungsakts	293
§ 119	Bestimmtheit und Form des Verwaltungsakts	296
§ 120	Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt	299
§ 121	Begründung des Verwaltungsakts	301
§ 122	Bekanntgabe eines Verwaltungsakts	303
§ 123	Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten	342
§ 124	Wirksamkeit des Verwaltungsakts	343
§ 125	Nichtigkeit des Verwaltungsakts	347
§ 126	Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	350
§ 127	Folgen von Verfahrens- und Formfehlern	352
§ 128	Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsakts	354
§ 129	Offenbare Unrichtigkeiten beim Erlass eines Verwaltungsakts	355
§ 130	Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts	360
§ 131	Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsakts	365
§ 132	Rücknahme, Widerruf, Aufhebung und Änderung im Rechtsbehelfsverfahren	367
§ 133	Rückgabe von Urkunden und Sachen	367

Vierter Teil. Durchführung der Besteuerung

Erster Abschnitt: Erfassung der Steuerpflichtigen

1. Unterabschnitt: Personenstands- und Betriebsaufnahme

§ 134	Personenstands- und Betriebsaufnahme	368
§ 135	Mitwirkungspflicht bei der Personenstands- und Betriebsaufnahme	368
§ 136	Änderungsmittelungen für die Personenstandsaufnahme	368

2. Unterabschnitt: Anzeigepflichten

§ 137	Steuerliche Erfassung von Körperschaften, Vereinigungen und Vermögensmassen	369
§ 138	Anzeigen über die Erwerbstätigkeit	370
§ 139	Anmeldung von Betrieben in besonderen Fällen	371

3. Unterabschnitt: Identifikationsmerkmal

§ 139a	Identifikationsmerkmal	372
§ 139b	Identifikationsnummer	373
§ 139c	Wirtschafts-Identifikationsnummer	378
§ 139d	Verordnungsermächtigung	381

Zweiter Abschnitt: Mitwirkungspflichten

1. Unterabschnitt: Führung von Büchern und Aufzeichnungen

§ 140	Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten nach anderen Gesetzen	382
§ 141	Buchführungspflicht bestimmter Steuerpflichtiger	383
§ 142	Ergänzende Vorschriften für Land- und Forstwirte	386
§ 143	Aufzeichnung des Wareneingangs	387
§ 144	Aufzeichnung des Wareneingangs	388
§ 145	Allgemeine Anforderungen an Buchführung und Aufzeichnungen	389
§ 146	Ordnungsvorschriften für die Buchführung und für Aufzeichnungen	390
§ 147	Ordnungsvorschriften für die Aufbewahrung von Unterlagen	395
§ 147a	Vorschriften für die Aufbewahrung von Aufzeichnungen und Unterlagen bestimmter Steuerpflichtiger	398
§ 148	Bewilligung von Erleichterungen	399

2. Unterabschnitt: Steuererklärungen Seite

§ 149	Abgabe der Steuererklärungen	400
§ 150	Form und Inhalt der Steuererklärungen	402
§ 151	Aufnahme der Steuererklärung an Amtsstelle	408

§ 152	Verspätungszuschlag	409
§ 153	Berichtigung von Erklärungen	412
3. Unterabschnitt: Kontenwahrheit		
§ 154	Kontenwahrheit	413
Dritter Abschnitt: Festsetzungs- und Feststellungsverfahren		
1. Unterabschnitt: Steuerfestsetzung		
I. Allgemeine Vorschriften		
§ 155	Steuerfestsetzung	416
§ 156	Absehen von Steuerfestsetzung	420
§ 157	Form und Inhalt der Steuerbescheide	422
§ 158	Beweiskraft der Buchführung	424
§ 159	Nachweis der Treuhänderschaft	425
§ 160	Benennung von Gläubigern und Zahlungsempfängern	426
§ 161	Fehlmengen bei Bestandsaufnahmen	428
§ 162	Schätzung von Besteuerungsgrundlagen	429
§ 163	Abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen	434
§ 164	Steuerfestsetzung unter Vorbehalt der Nachprüfung	436
§ 165	Vorläufige Steuerfestsetzung, Aussetzung der Steuerfestsetzung	440
§ 166	Drittwirkung der Steuerfestsetzung	445
§ 167	Steueranmeldung, Verwendung von Steuerzeichen oder Steuerstemplern	446
§ 168	Wirkung einer Steueranmeldung	448
II. Festsetzungsverjährung		
§ 169	Festsetzungsfrist	453
§ 170	Beginn der Festsetzungsfrist	458
§ 171	Ablaufhemmung	463
III. Bestandskraft		
§ 172	Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	476
§ 173	Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden wegen neuer Tatsachen oder Beweismittel	481
§ 174	Widerstreitende Steuerfestsetzungen	498
§ 175	Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden in sonstigen Fällen	507
§ 175a	Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen	520
§ 176	Vertrauensschutz bei der Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	521
§ 177	Berichtigung von materiellen Fehlern	523
IV. Kosten		
§ 178	Kosten bei besonderer Inanspruchnahme der Zollbehörden	526
§ 178a	Kosten bei besonderer Inanspruchnahme der Finanzbehörden	527
2. Unterabschnitt: Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Festsetzung von Steuermessbeträgen		
I. Gesonderte Feststellungen		
§ 179	Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	528
§ 180	Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	533
§ 181	Verfahrensvorschriften für die gesonderte Feststellung, Feststellungsfrist, Erklärungspflicht	544
§ 182	Wirkungen der gesonderten Feststellung	548
§ 183	Empfangsbevollmächtigte bei der einheitlichen Feststellung	551
II. Festsetzung von Steuermessbeträgen Seite		
§ 184	Festsetzung von Steuermessbeträgen	553

3. Unterabschnitt: Zerlegung und Zuteilung

§ 185	Geltung der allgemeinen Vorschriften	555
§ 186	Beteiligte	555
§ 187	Akteneinsicht	556
§ 188	Zerlegungsbescheid	556
§ 189	Änderung der Zerlegung	557
§ 190	Zuteilungsverfahren	557

4. Unterabschnitt: Haftung

§ 191	Haftungsbescheide, Duldungsbescheide	558
§ 192	Vertragliche Haftung	563

Vierter Abschnitt: Außenprüfung

1. Unterabschnitt: Allgemeine Vorschriften

§ 193	Zulässigkeit einer Außenprüfung	564
§ 194	Sachlicher Umfang einer Außenprüfung	569
§ 195	Zuständigkeit	573
§ 196	Prüfungsanordnung	575
§ 197	Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	578
§ 198	Ausweispflicht, Beginn der Außenprüfung	586
§ 199	Prüfungsgrundsätze	587
§ 200	Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	588
§ 201	Schlussbesprechung	591
§ 202	Inhalt und Bekanntgabe des Prüfungsberichts	593
§ 203	Abgekürzte Außenprüfung	595

2. Unterabschnitt: Verbindliche Zusagen auf Grund einer Außenprüfung

§ 204	Voraussetzung der verbindlichen Zusage	596
§ 205	Form der verbindlichen Zusage	597
§ 206	Bindungswirkung	598
§ 207	Außerkräfttreten, Aufhebung und Änderung der verbindlichen Zusage	598

Fünfter Abschnitt: Steuerfahndung (Zollfahndung)

§ 208	Steuerfahndung (Zollfahndung)	599
-------	-------------------------------------	-----

Sechster Abschnitt: Steueraufsicht in besonderen Fällen

§ 209	Gegenstand der Steueraufsicht	602
§ 210	Befugnisse der Finanzbehörde	602
§ 211	Pflichten des Betroffenen	603
§ 212	Durchführungsvorschriften	603
§ 213	Besondere Aufsichtsmaßnahmen	604
§ 214	Beauftragte	604
§ 215	Sicherstellung im Aufsichtsweg	604
§ 216	Überführung in das Eigentum des Bundes	605
§ 217	Steuerhilfspersonen	605

Fünfter Teil. Erhebungsverfahren

Erster Abschnitt: Verwirklichung, Fälligkeit und Erlöschen von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis

1. Unterabschnitt: Verwirklichung und Fälligkeit von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis

§ 218	Verwirklichung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	606
§ 219	Zahlungsaufforderung bei Haftungsbescheiden	610
§ 220	Fälligkeit	611
§ 221	Abweichende Fälligkeitsbestimmung	611
§ 222	Stundung	612
§ 223	(weggefallen)	

2. Unterabschnitt: Zahlung, Aufrechnung, Erlass

§ 224	Leistungsort, Tag der Zahlung	614
§ 224a	Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlungs Statt	615
§ 225	Reihenfolge der Tilgung	615
§ 226	Aufrechnung	616
§ 227	Erlass	622

3. Unterabschnitt: Zahlungsverjährung

§ 228	Gegenstand der Verjährung, Verjährungsfrist	626
§ 229	Beginn der Verjährung	627
§ 230	Hemmung der Verjährung	628
§ 231	Unterbrechung der Verjährung	629
§ 232	Wirkung der Verjährung	630

Zweiter Abschnitt: Verzinsung, Säumniszuschläge**1. Unterabschnitt: Verzinsung**

§ 233	Grundsatz	631
§ 233a	Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen	632
§ 234	Stundungszinsen	660
§ 235	Verzinsung von hinterzogenen Steuern	664
§ 236	Prozesszinsen auf Erstattungsbeträge	670
§ 237	Zinsen bei Aussetzung der Vollziehung	673
§ 238	Höhe und Berechnung der Zinsen	676
§ 239	Festsetzung der Zinsen	677

2. Unterabschnitt: Säumniszuschläge

§ 240	Säumniszuschläge	680
-------	------------------------	-----

Dritter Abschnitt: Sicherheitsleistung

§ 241	Art der Sicherheitsleistung	686
§ 242	Wirkung der Hinterlegung von Zahlungsmitteln	687
§ 243	Verpfändung von Wertpapieren	687
§ 244	Taugliche Steuerbürgen	688
§ 245	Sicherheitsleistung durch andere Werte	688
§ 246	Annahmewerte	689
§ 247	Austausch von Sicherheiten	689
§ 248	Nachschusspflicht	689

Sechster Teil. Vollstreckung**Erster Abschnitt: Allgemeine Vorschriften**

§ 249	Vollstreckungsbehörden	690
§ 250	Vollstreckungsersuchen	691
§ 251	Vollstreckbare Verwaltungsakte	693
§ 252	Vollstreckungsgläubiger	734
§ 253	Vollstreckungsschuldner	734
§ 254	Voraussetzungen für den Beginn der Vollstreckung	735
§ 255	Vollstreckung gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts	739
§ 256	Einwendungen gegen die Vollstreckung	740
§ 257	Einstellung und Beschränkung der Vollstreckung	741
§ 258	Einstweilige Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung	743

Zweiter Abschnitt: Vollstreckung wegen Geldforderungen**1. Unterabschnitt: Allgemeine Vorschriften**

§ 259	Mahnung	744
§ 260	Angabe des Schuldgrundes	744
§ 261	Niederschlagung	745
§ 262	Rechte Dritter	747
§ 263	Vollstreckung gegen Ehegatten oder Lebenspartner	748

§ 264	Vollstreckung gegen Nießbraucher	749
§ 265	Vollstreckung gegen Erben	750
§ 266	Sonstige Fälle beschränkter Haftung	752
§ 267	Vollstreckungsverfahren gegen nicht rechtsfähige Personenvereinigungen	752

2. Unterabschnitt: Aufteilung einer Gesamtschuld

§ 268	Grundsatz	753
§ 269	Antrag	754
§ 270	Allgemeiner Aufteilungsmaßstab	754
§ 271	Aufteilungsmaßstab für die Vermögensteuer	755
§ 272	Aufteilungsmaßstab für Vorauszahlungen	755
§ 273	Aufteilungsmaßstab für Steuernachforderungen	755
§ 274	Besonderer Aufteilungsmaßstab	756
§ 275	(weggefallen)	
§ 276	Rückständige Steuer, Einleitung der Vollstreckung	756
§ 277	Vollstreckung	756
§ 278	Beschränkung der Vollstreckung	757
§ 279	Form und Inhalt des Aufteilungsbescheids	757
§ 280	Änderung des Aufteilungsbescheids	757

3. Unterabschnitt: Vollstreckung in das bewegliche Vermögen

I. Allgemeines

§ 281	Pfändung	758
§ 282	Wirkung der Pfändung	758
§ 283	Ausschluss von Gewährleistungsansprüchen	758
§ 284	Vermögensauskunft des Vollstreckungsschuldners	759

II. Vollstreckung in Sachen

§ 285	Vollziehungsbeamte	765
§ 286	Vollstreckung in Sachen	766
§ 287	Befugnisse des Vollziehungsbeamten	766
§ 288	Zuziehung von Zeugen	767
§ 289	Zeit der Vollstreckung	767
§ 290	Aufforderungen und Mitteilungen des Vollziehungsbeamten	767
§ 291	Niederschrift	767
§ 292	Abwendung der Pfändung	768
§ 293	Pfand- und Vorzugsrechte Dritter	768
§ 294	Ungetrennte Früchte	768
§ 295	Unpfändbarkeit von Sachen	769
§ 296	Verwertung	769
§ 297	Aussetzung der Verwertung	770
§ 298	Versteigerung	770
§ 299	Zuschlag	771
§ 300	Mindestgebot	772
§ 301	Einstellung der Versteigerung	772
§ 302	Wertpapiere	772
§ 303	Namenspapiere	773
§ 304	Versteigerung ungetrennter Früchte	773
§ 305	Besondere Verwertung	773
§ 306	Vollstreckung in Ersatzteile von Luftfahrzeugen	773
§ 307	Anschlusspfändung	774
§ 308	Verwertung bei mehrfacher Pfändung	774

III. Vollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte

§ 309	Pfändung einer Geldforderung	775
§ 310	Pfändung einer durch Hypothek gesicherten Forderung	777
§ 311	Pfändung einer durch Schiffshypothek oder Registerpfandrecht an einem Luftfahrzeug gesicherten Forderung	778
§ 312	Pfändung einer Forderung aus indossablen Papieren	778

§ 313	Pfändung fortlaufender Bezüge	779
§ 314	Einziehungsverfügung	779
§ 315	Wirkung der Einziehungsverfügung	780
§ 316	Erklärungspflicht des Drittschuldners	781
§ 317	Andere Art der Verwertung	781
§ 318	Ansprüche auf Herausgabe oder Leistung von Sachen	782
§ 319	Unpfändbarkeit von Forderungen	783
§ 320	Mehrfache Pfändung einer Forderung	783
§ 321	Vollstreckung in andere Vermögensrechte	783

4. Unterabschnitt: Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen

§ 322	Verfahren	784
§ 323	Vollstreckung gegen den Rechtsnachfolger	787

5. Unterabschnitt: Arrest

§ 324	Dinglicher Arrest	788
§ 325	Aufhebung des dinglichen Arrestes	790
§ 326	Persönlicher Sicherheitsarrest	791

6. Unterabschnitt: Verwertung von Sicherheiten

§ 327	Verwertung von Sicherheiten	791
-------	-----------------------------------	-----

Dritter Abschnitt: Vollstreckung wegen anderer Leistungen als Geldforderungen

1. Unterabschnitt: Vollstreckung wegen Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen

§ 328	Zwangsmittel	792
§ 329	Zwangsgeld	792
§ 330	Ersatzvornahme	792
§ 331	Unmittelbarer Zwang	793
§ 332	Androhung der Zwangsmittel	793
§ 333	Festsetzung der Zwangsmittel	793
§ 334	Ersatzzwangshaft	794
§ 335	Beendigung des Zwangsverfahrens	794

2. Unterabschnitt: Erzwingung von Sicherheiten Seite

§ 336	Erzwingung von Sicherheiten	794
-------	-----------------------------------	-----

Vierter Abschnitt: Kosten

§ 337	Kosten der Vollstreckung	795
§ 338	Gebührenarten	795
§ 339	Pfändungsgebühr	795
§ 340	Wegnahmegebühr	796
§ 341	Verwertungsgebühr	796
§ 342	Mehrheit von Schuldnern	796
§ 343	(weggefallen)	
§ 344	Auslagen	797
§ 345	Reisekosten und Aufwandsentschädigungen	798
§ 346	Unrichtige Sachbehandlung, Festsetzungsfrist	798

Siebenter Teil. Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren

Erster Abschnitt: Zulässigkeit

§ 347	Statthaftigkeit des Einspruchs	800
§ 348	Ausschluss des Einspruchs	802
§ 349	aufgehoben	
§ 350	Beschwer	803
§ 351	Bindungswirkung anderer Verwaltungsakte	805
§ 352	Einspruchsbefugnis bei der einheitlichen Feststellung	807

§ 353	Einspruchsbefugnis des Rechtsnachfolgers	809
§ 354	Einspruchsverzicht	810

Zweiter Abschnitt: Verfahrensvorschriften

§ 355	Einspruchsfrist	811
§ 356	Rechtsbehelfsbelehrung	812
§ 357	Einlegung des Einspruchs	813
§ 358	Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	814
§ 359	Beteiligte	815
§ 360	Hinzuziehung zum Verfahren	816
§ 361	Aussetzung der Vollziehung	818
§ 362	Rücknahme des Einspruchs	833
§ 363	Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	834
§ 364	Mitteilung der Besteuerungsunterlagen	836
§ 364a	Erörterung des Sach- und Rechtsstands	837
§ 364b	Fristsetzung	838
§ 365	Anwendung von Verfahrensvorschriften	840
§ 366	Form, Inhalt und Bekanntgabe der Einspruchsentscheidung	842
§ 367	Entscheidung über den Einspruch	843
§ 368	weggefallen	

Achter Teil. Straf- und Bußgeldvorschriften, Straf- und Bußgeldverfahren

Erster Abschnitt: Strafvorschriften

§ 369	Steuerstraftaten	849
§ 370	Steuerhinterziehung	850
§ 370a	(weggefallen)	
§ 371	Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	857
§ 372	Bannbruch	859
§ 373	Gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel	860
§ 374	Steuerhelierei	861
§ 375	Nebenfolgen	862
§ 376	Verfolgungsverjährung	863

Zweiter Abschnitt: Bußgeldvorschriften

§ 377	Steuerordnungswidrigkeiten	864
§ 378	Leichtfertige Steuerverkürzung	864
§ 379	Steuergefährdung	865
§ 380	Gefährdung der Abzugsteuern	866
§ 381	Verbrauchsteuergefährdung	866
§ 382	Gefährdung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben	867
§ 383	Unzulässiger Erwerb von Steuererstattungs- und Vergütungsansprüchen	867
§ 383a	Zweckwidrige Verwendung des Identifikationsmerkmals nach § 139a	868
§ 384	Verfolgungsverjährung	868

Dritter Abschnitt: Strafverfahren

1. Unterabschnitt: Allgemeine Vorschriften

§ 385	Geltung von Verfahrensvorschriften	869
§ 386	Zuständigkeit der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten	869
§ 387	Sachlich zuständige Finanzbehörde	870
§ 388	Örtlich zuständige Finanzbehörde	870
§ 389	Zusammenhängende Strafsachen	870
§ 390	Mehrfache Zuständigkeit	870
§ 391	Zuständiges Gericht	871
§ 392	Verteidigung	871
§ 393	Verhältnis des Strafverfahrens zum Besteuerungsverfahren	872
§ 394	Übergang des Eigentums	874
§ 395	Akteneinsicht der Finanzbehörde	874
§ 396	Aussetzung des Verfahrens	874

2. Unterabschnitt: Ermittlungsverfahren**I. Allgemeines**

§ 397	Einleitung des Strafverfahrens	875
§ 398	Einstellung wegen Geringfügigkeit	875
§ 398a	Absehen von Verfolgung in besonderen Fällen	876

II. Verfahren der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten

§ 399	Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	877
§ 400	Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	877
§ 401	Antrag auf Anordnung von Nebenfolgen im selbständigen Verfahren	877

III. Stellung der Finanzbehörde im Verfahren der Staatsanwaltschaft

§ 402	Allgemeine Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	878
§ 403	Beteiligung der Finanzbehörde	878

IV. Steuer- und Zollfahndung

§ 404	Steuer- und Zollfahndung	878
-------	--------------------------------	-----

V. Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen

§ 405	Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen	879
-------	---	-----

3. Unterabschnitt: Gerichtliches Verfahren

§ 406	Mitwirkung der Finanzbehörde im Strafbefehlsverfahren und im selbständigen Verfahren	879
§ 407	Beteiligung der Finanzbehörde in sonstigen Fällen	879

4. Unterabschnitt: Kosten des Verfahrens Seite

§ 408	Kosten des Verfahrens	880
-------	-----------------------------	-----

Vierter Abschnitt: Bußgeldverfahren

§ 409	Zuständige Verwaltungsbehörde	880
§ 410	Ergänzende Vorschriften für das Bußgeldverfahren	881
§ 411	Bußgeldverfahren gegen Rechtsanwälte, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer oder vereidigte Buchprüfer	881
§ 412	Zustellung, Vollstreckung, Kosten	882

Neunter Teil. Schlussvorschriften

§ 413	Einschränkung von Grundrechten	882
§ 414	(gegenstandslos)	
§ 415	Inkrafttreten	882

Anlage 1 zu § 60

Mustersatzung für Vereine, Stiftungen, Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, geistliche Genossenschaften und Kapitalgesellschaften	883
--	-----

Abgabenordnung

Erster Teil. Einleitende Vorschriften

Erster Abschnitt: Anwendungsbereich

§ 1 Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für alle Steuern einschließlich der Steuervergütungen, die durch Bundesrecht oder Recht der Europäischen Union geregelt sind, soweit sie durch Bundesfinanzbehörden oder durch Landesfinanzbehörden verwaltet werden. Es ist nur vorbehaltlich des Rechts der Europäischen Union anwendbar.¹⁾

(2) Für die Realsteuern gelten, soweit ihre Verwaltung den Gemeinden übertragen worden ist, die folgenden Vorschriften dieses Gesetzes entsprechend:

- 1. die Vorschriften des Ersten, Zweiten und Vierten Abschnitts des Ersten Teils (Anwendungsbereich, Steuerliche Begriffsbestimmungen, Steuergeheimnis),**
- 2. die Vorschriften des Zweiten Teils (Steuerschuldrecht),**
- 3. die Vorschriften des Dritten Teils mit Ausnahme der §§ 82 bis 84 (Allgemeine Verfahrensvorschriften),**
- 4. die Vorschriften des Vierten Teils (Durchführung der Besteuerung),**
- 5. die Vorschriften des Fünften Teils (Erhebungsverfahren),**
- 6. die §§ 351 und 361 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3,**
- 7. die Vorschriften des Achten Teils (Straf- und Bußgeldvorschriften, Straf- und Bußgeldverfahren).**

(3) Auf steuerliche Nebenleistungen sind die Vorschriften dieses Gesetzes vorbehaltlich des Rechts der Europäischen Union sinngemäß anwendbar.²⁾ Der Dritte bis Sechste Abschnitt des Vierten Teils gilt jedoch nur, soweit dies besonders bestimmt wird.

Anwendungserlass

Zu § 1 Anwendungsbereich:

1. Der Anwendungsbereich beschränkt sich auf die Steuern einschließlich der Steuervergütungen. Die AO gilt auch für Steuererstattungen; diese sind als Umkehr der Steuerentrichtung bereits durch den Begriff der Steuer in den Anwendungsbereich mit einbezogen (§ 37 Abs. 1 AO).
2. Für die von den Finanzbehörden verwalteten, durch Bundesrecht geregelten übrigen öffentlich-rechtlichen Abgaben, Prämien und Zulagen wird die Geltung der AO durch die jeweiligen Rechtsvorschriften bestimmt. Dies gilt insbesondere für die Wohnungsbauprämien, Eigenheimzulagen, Arbeitnehmer-Sparzulagen und die Investitionszulagen.
3. Die Vorschriften der AO sind grundsätzlich sinngemäß auch auf die steuerlichen Nebenleistungen (§ 3 Abs. 4 AO) anzuwenden. Ausgenommen sind die Bestimmungen über die Festsetzung, Außenprüfung, Steuerfahndung und Steueraufsicht in besonderen Fällen (§§ 155 bis 217 AO), soweit sie nicht ausdrücklich für anwendbar erklärt worden sind (§ 155 Abs. 3 Satz 2, § 156 Abs. 2 AO).
4. Die AO ist auch für die Angelegenheiten anzuwenden, die nicht unmittelbar der Besteuerung dienen, aber aufgrund der Verwaltungskompetenz für diese Steuern in den Zuständigkeitsbereich der Finanzbehörden fallen (z.B. Erteilung von Bescheinigungen in Steuersachen, Ausstellung von Einkommensbescheinigungen für nichtsteuerliche Zwecke).
5. Wegen der Anwendung der AO bei der Leistung von Rechts- oder Amtshilfe wird auf die §§ 111 ff. AO hingewiesen.

1) Geändert durch Art. 11 AmtshilfeRLUMsG vom 26.6.2013 (BGBl. I S. 1809). Die Änderung ist ab 30.6.2013 anzuwenden (vgl. Art. 31 Abs. 1 des Gesetzes).

2) Geändert durch Art. 11 AmtshilfeRLUMsG vom 26.6.2013 (BGBl. I S. 1809). Die Änderung ist ab 30.6.2013 anzuwenden (vgl. Art. 31 Abs. 1 des Gesetzes).

§ 1 AO

Verwaltungsregelungen

Datum	Anlage	Quelle	Inhalt
01.04.1999	§ 001 – 01	FM NRW	Bearbeitung von Petitionen in Steuerangelegenheiten; Berichtsverfahren
26.10.2007	§ 001 – 02	OFD Han	Anwendung der im Bundessteuerblatt Teil II veröffentlichten Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
12.03.2010	§ 001 – 03	BMF	Unterrichtung der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder über Gerichtsverfahren von grundsätzlicher Bedeutung
24.03.2014	§ 001 – 04	BMF	Eindämmung der Normenflut; BMF-Schreiben zur Aufhebung der BMF-Schreiben, die bis zum 21.3.2014 ergangen sind (BStBl. 2014 I S. 606)
24.03.2014	§ 001 – 05	BL	Anwendung von gleich lautenden Erlassen der obersten Finanzbehörden der Länder, die bis zum 21.3.2014 ergangen sind (BStBl. 2014 I S. 607)
24.03.2014	§ 001 – CD 01	BMF	Gemeinsame Positivliste der BMF-Schreiben und gleich lautenden Erlassen der obersten Finanzbehörden der Länder; Anlage 1 zu dem BMF-Schreiben vom 21.3.2014 (BStBl. 2014 I S. 606)
24.03.2014	§ 001 – CD 02	BMF	Gemeinsame Liste der im BMF-Schreiben vom 8.4.2013 (BStBl. 2013 I S. 522) und in den gleich lautenden Erlassen der obersten Finanzbehörden der Länder vom 9.4.2013 (BStBl. 2013 I S. 523) aufgeführten und nicht mehr in der aktuellen Positivliste enthaltenen BMF-Schreiben und gleich lautenden Erlassen der obersten Finanzbehörden der Länder; Anlage 2 zu dem BMF-Schreiben vom 24.3.2014 (BStBl. 2014 I S. 607)
01.09.2005	§ 001 – CD 03	FM NRW	Anwendung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs

§ 2 Vorrang völkerrechtlicher Vereinbarungen¹⁾

(1) Verträge mit anderen Staaten im Sinne des Artikels 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes über die Besteuerung gehen, soweit sie unmittelbar anwendbares innerstaatliches Recht geworden sind, den Steuergesetzen vor.

(2) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Sicherung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung und zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung oder doppelten Nichtbesteuerung mit Zustimmung des Bundesrates Rechtsverordnungen zur Umsetzung von Konsultationsvereinbarungen zu erlassen. Konsultationsvereinbarungen nach Satz 1 sind einvernehmliche Vereinbarungen der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten eines Doppelbesteuerungsabkommens mit dem Ziel, Einzelheiten der Durchführung eines solchen Abkommens zu regeln, insbesondere Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des jeweiligen Abkommens bestehen, zu beseitigen.²⁾

Verwaltungsregelungen

Datum	Anlage	Quelle	Inhalt
19.01.2015	§ 002 – CD 01	BMF	Stand der Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) und anderer Abkommen im Steuerbereich sowie Abkommensverhandlungen am 1. Januar 2015
16.03.2001	§ 002 – CD 02	BMF	DM-Beträge in den deutschen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (DBA); Umstellung auf den Euro

1) Zu den Doppelbesteuerungsabkommen und zu anderen völkerrechtlichen Vereinbarungen Hinweis auf die Broschüre „Außensteuerrecht“ in dieser Reihe.

2) Absatz 2 angefügt durch Artikel 9 Nr. 2 JStG 2010 vom 8.12.2010 (BGBl. I S. 1768). Rechtsverordnungen auf Grund dieser Änderung können mit Wirkung für den Veranlagungszeitraum 2010 erlassen werden, sofern die dem Bundesrat zugeleitete Rechtsverordnung vor dem 1.1.2011 als Bundesratsdrucksache veröffentlicht worden ist. Rechtsverordnungen, die dem Bundesrat nach dem 31.12.2010 zugeleitet werden, können bestimmen, dass sie ab dem Zeitpunkt der Bekanntgabe der in § 2 Absatz 2 der Abgabenordnung genannten und nach dem 31.12.2010 geschlossenen Konsultationsvereinbarung im Bundessteuerblatt gelten (Art. 97 § 1 Abs. 9 EGAO).

Zweiter Abschnitt: Steuerliche Begriffsbestimmungen

§ 3 Steuern, steuerliche Nebenleistungen

(1) Steuern sind Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft; die Erzielung von Einnahmen kann Nebenzweck sein.

(2) Realsteuern sind die Grundsteuer und die Gewerbesteuer.

(3) Einfuhr- und Ausfuhrabgaben nach Artikel 5 Nummer 20 und 21 des Zollkodex der Union sind Steuern im Sinne dieses Gesetzes. Zollkodex der Union bezeichnet die Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1, L 287, S. 90) in der jeweils geltenden Fassung.¹⁾

(4) Steuerliche Nebenleistungen sind Verzögerungsgelder (§ 146 Abs. 2b), Verspätungszuschläge (§ 152), Zuschläge gemäß § 162 Abs. 4, Zinsen (§§ 233 bis 237), Säumniszuschläge (§ 240), Zwangsgelder (§ 329) und Kosten (§§ 89, 178, 178a und §§ 337 bis 345) sowie Zinsen im Sinne des Zollkodex der Union und Verspätungsgelder nach § 22a Absatz 5 des Einkommensteuergesetzes.^{2) 3)}

(5) Das Aufkommen der Zinsen auf Einfuhr- und Ausfuhrabgaben im Sinne des Artikels 5 Nummer 20 und 21 des Zollkodex der Union steht dem Bund zu.⁴⁾ Das Aufkommen der übrigen Zinsen steht den jeweils steuerberechtigten Körperschaften zu.⁵⁾ Das Aufkommen der Kosten im Sinne des § 89 steht jeweils der Körperschaft zu, deren Behörde für die Erteilung der verbindlichen Auskunft zuständig ist. Das Aufkommen der Kosten im Sinne des § 178a steht dem Bund und den jeweils verwaltenden Körperschaften je zur Hälfte zu. Die übrigen steuerlichen Nebenleistungen fließen den verwaltenden Körperschaften zu.

Anwendungserlass

Zu § 3 Steuern, steuerliche Nebenleistungen:

Steuerliche Nebenleistungen sind keine Steuern. Sie sind in § 3 Abs. 4 AO abschließend aufgezählt. Wegen der Anwendung der AO auf steuerliche Nebenleistungen wird auf § 1 AO hingewiesen.

1) Geändert durch Art. 2 Nr. 1 Zollkodexanpassungsgesetz vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2417). Die Änderung tritt ab dem 1.5.2016 in Kraft (Art. 16 Abs. 3 des Gesetzes).

2) Geändert durch Art. 2 Nr. 1 Zollkodexanpassungsgesetz vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2417). Die Änderung tritt ab dem 1.5.2016 in Kraft (Art. 16 Abs. 3 des Gesetzes).

3) Geändert durch Art. 9 Nr. 3 JStG 2010 vom 8.12.2010 (BGBl. I S. 1768). Die Änderung gilt ab dem 14.12.2010 (Art. 32 Abs. 1 JStG 2010).

4) Geändert durch Art. 2 Nr. 1 Zollkodexanpassungsgesetz vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2417). Die Änderung tritt ab dem 1.5.2016 in Kraft (Art. 16 Abs. 3 des Gesetzes).

5) Geändert durch Art. 2 Nr. 1 Zollkodexanpassungsgesetz vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2417). Die Änderung tritt ab dem 1.5.2016 in Kraft (Art. 16 Abs. 3 des Gesetzes).

§ 4 Gesetz

Gesetz ist jede Rechtsnorm.

Anwendungserlass

Zu § 4 Gesetz:

Bei der Auslegung von Steuergesetzen gelten die allgemeinen Auslegungsregeln und damit auch die wirtschaftliche Betrachtungsweise, so wie sie ihren Niederschlag in der Rechtsprechung gefunden hat (vgl. BVerfG vom 24.1.1962, 1 BvR 232/60, BStBl. I S. 506).

Verwaltungsregelungen

Datum	Anlage	Quelle	Inhalt
01.04.1999	§ 004 – 01	FM NRW	Erlaß von geänderten Bescheiden über die Feststellung des gemeinen Wertes nicht notierter Anteile an Kapitalgesellschaften unter Berücksichtigung der Grundsätze von Treu und Glauben
01.04.1999	§ 004 – 02	FM NRW	Treu und Glauben im Steuerrecht
30.07.2008	§ 088 – 01	BMF	Tatsächliche Verständigung über den der Steuerfestsetzung zugrunde liegenden Sachverhalt

Rechtsprechungsauswahl

a) Treu und Glauben

BFH vom 22.1.2013 (BStBl. 2013 II S. 663):

- a) Wer seine Einkommensteuererklärung jenseits der Fristen des § 149 Abs. 2 AO abgibt, kann sich, falls das Finanzamt vor Ablauf der Festsetzungsfrist keinen Einkommensteuerbescheid erlässt, nicht auf Treu und Glauben berufen, wenn er es selbst unterlässt, einen Untätigkeitseinspruch einzulegen oder jedenfalls einen Antrag auf Steuerfestsetzung zu stellen.
- b) Der Untätigkeitseinspruch führt zu einer Ablaufhemmung nach § 171 Abs. 3a AO.

BFH vom 14.10.2003 (BStBl. 2004 II S. 123): Zur Anwendung des Grundsatzes von Treu und Glauben bei der Rückforderung von zuviel gezahltem Kindergeld.

BFH vom 16.7.2002 (BStBl. 2002 II S. 714): Die Bindung an die Zusage des Finanzamts kann entfallen, wenn sie offensichtlich rechtswidrig ist und der Steuerpflichtige die Rechtswidrigkeit entweder erkennt oder erkennen kann.

b) Tatsächliche Verständigung

BFH vom 8.10.2008 (BStBl. 2009 II S. 121): Bindungswirkung einer tatsächlichen Verständigung auch bei Irrtum über die Rechtsfolgen.

BFH vom 7.7.2004 (BStBl. 2004 II S. 975): Bindungswirkung einer tatsächlichen Verständigung hinsichtlich der Steuerschulden Dritter.

BFH vom 31.7.1996 (BStBl. 1996 II S. 625): Eine „tatsächliche Verständigung“, die im Rahmen einer Außenprüfung getroffen worden ist, bindet die Finanzbehörde bereits vor Erlaß der darauf beruhenden Bescheide.

BFH vom 6.2.1991 (BStBl. 1991 II S. 673): Eine „tatsächliche Verständigung“ ist als Vereinbarung über eine bestimmte Sachbehandlung – insbesondere in Schätzungsfällen – grundsätzlich jederzeit zulässig. Sie bindet die daran Beteiligten nach dem Grundsatz von Treu und Glauben.

BFH vom 5.9.1990 (BStBl. 1991 II S. 45): Vereinbarungen zwischen dem Stpfl. und der Finanzbehörde über den der Besteuerung zugrunde zu legenden Sachverhalt sind zulässig (Anschluß an BFH vom 11.12.1984, BStBl. 1985 II S. 354).

BFH vom 11.12.1984 (BStBl. 1985 II S. 354): Im Steuerrecht – insbesondere in Schätzungssachen – ist eine „tatsächliche Verständigung“ über schwierig zu ermittelnde tatsächliche Umstände zulässig und bindend.

§ 5 Ermessen

Ist die Finanzbehörde ermächtigt, nach ihrem Ermessen zu handeln, hat sie ihr Ermessen entsprechend dem Zweck der Ermächtigung auszuüben und die gesetzlichen Grenzen des Ermessens einzuhalten.

Anwendungserlass

Zu § 5 Ermessen:

1. Bei der Ausübung des Ermessens sind nicht nur die in einzelnen gesetzlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Voraussetzungen, sondern auch die Grundsätze der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, der Verhältnismäßigkeit der Mittel, der Erforderlichkeit, der Zumutbarkeit, der Billigkeit und von Treu und Glauben sowie das Willkürverbot und das Übermaßverbot zu beachten. Verwaltungsvorschriften, die die Ausübung des Ermessens regeln, sind für die Finanzbehörden bindend.
2. Wegen der Begründung von Ermessensentscheidungen wird auf § 121 AO, wegen der Rücknahme und des Widerrufs auf §§ 130 und 131 AO hingewiesen.

Rechtsprechungsauswahl

BFH vom 24.4.2014 (BStBl. 2014 II S. 819):

- a) Das Entschließungsermessen wird fehlerhaft ausgeübt, wenn ausgehend von einer Vorprägung des Ermessens jede Verletzung der Mitwirkungspflichten (§ 200 Abs. 1 AO) – unabhängig davon, ob den Steuerpflichtigen ein Schuldvorwurf trifft – grundsätzlich zur Festsetzung eines Verzögerungsgelds führt (Anschluss an BFH-Urteil vom 28. August 2012 I R 10/12, BFHE 239, 1, BStBl. II 2013, 266).
- b) Eine Vorprägung des Entschließungsermessens im Sinne einer Ermessensreduzierung auf Null ist auch dann zu verneinen, wenn ausreichende Gründe für eine entschuld bare Fristversäumnis weder vorgetragen noch festgestellt werden.
- c) Bei der Ausübung des Entschließungsermessens ist ein Antrag auf AdV, der sich gegen die Prüfungsanordnung und die Aufforderung zur Vorlage der Buchführungsunterlagen richtet und im Zeitpunkt des Ablaufs der Vorlagefrist noch nicht beschieden ist, ungeachtet der Vollziehbarkeit der Bescheide zu berücksichtigen.
- d) Das Auswahlermessen wird fehlerhaft ausgeübt, wenn früheres Verhalten des Steuerpflichtigen, welches der Aufforderung zur Vorlage der Unterlagen vorausging, bei der Bemessung der Höhe des Verzögerungsgelds berücksichtigt worden ist.

BFH vom 28.8.2012 (BStBl. 2013 II S. 266):

- a) Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist auch bei der Entscheidung, ob gegenüber dem Steuerpflichtigen ein Verzögerungsgeld nach § 146 Abs. 2b AO in Höhe von mindestens 2.500 € festgesetzt wird, zu beachten. Hiernach ist es dem Finanzamt verwehrt, im Rahmen der Ausübung seines sog. Entschließungsermessens von einer Vorprägung in dem Sinne auszugehen, dass jede Verletzung der Mitwirkungspflichten (§ 200 Abs. 1 AO) – unabhängig davon, ob den Steuerpflichtigen ein Schuldvorwurf trifft – grundsätzlich zur Festsetzung eines Verzögerungsgelds führt.
- b) Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz schließt es ferner aus, dass das Finanzamt der Ausübung seines Entschließungsermessens die Summe (Bündel) der Pflichtverletzungen zugrunde legt, bei der anschließenden Ermessensentscheidung dazu, ob es – im nämlichen Fall – angemessen und zumutbar ist, den Mindestsatz zu überschreiten (sog. Auswahlermessen), hingegen auf die einzelne Pflichtverletzung abstellt und diese jeweils – ohne weitere die Gesamtheit der Verstöße betreffende Erwägungen – in Höhe von 2.500 € (Mindestsatz) sanktioniert.

BFH vom 30.4.2010 (BStBl. 2010 II S. 815): § 152 Abs. 3 AO erlaubt der Finanzbehörde nur in begründeten Ausnahmefällen, von einer Festsetzung des Verspätungszuschlags mit der Steuer abzusehen.

BFH vom 19.6.2001 (BStBl. 2001 II S. 618): Verspätungszuschlagfestsetzung ist nicht ermessensfehlerhaft, wenn Steuererklärung 92 Tage verspätet abgegeben und Veranlagung 71 Tage nach Erklärungseingang abschließend gezeichnet wurde.

BFH vom 28.6.2000 (BStBl. 2000 II S. 514): Ablehnung der Fristverlängerung für die Abgabe der Steuererklärung, Rechtmäßigkeit der „Fristenerlasse“; Begründung und gerichtliche Überprüfung der Ermessensentscheidung.

§ 6 Behörden, Finanzbehörden

(1) Behörde ist jede Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt.

(2) Finanzbehörden im Sinne dieses Gesetzes sind die folgenden im Gesetz über die Finanzverwaltung genannten Bundes- und Landesfinanzbehörden:

1. das Bundesministerium der Finanzen und die für die Finanzverwaltung zuständigen obersten Landesbehörden als oberste Behörden,
2. die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein und das Bundeszentralamt für Steuern als Bundesoberbehörden,
3. Rechenzentren als Landesoberbehörden,
4. die Bundesfinanzdirektionen, die Oberfinanzdirektionen und das Zollkriminalamt als Mittelbehörden,
- 4a. die nach dem Finanzverwaltungsgesetz oder nach Landesrecht an Stelle einer Oberfinanzdirektion eingerichteten Landesfinanzbehörden,
5. die Hauptzollämter einschließlich ihrer Dienststellen, die Zollfahndungsämter, die Finanzämter und die besonderen Landesfinanzbehörden als örtliche Behörden,
6. Familienkassen,
7. die zentrale Stelle im Sinne des § 81 des Einkommensteuergesetzes und
8. die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (§ 40a Abs. 6 des Einkommensteuergesetzes).¹⁾

Verwaltungsregelungen

Datum	Anlage	Quelle	Inhalt
19.11.1996	§ 006 – 01	BL	Organisation der Finanzämter und Neuordnung des Besteuerungsverfahrens; Arbeitsweise in den Veranlagungsstellen

1) Geändert durch Art. 11 des AmtshilfeRLUMsG vom 26.6.2013 (BGBl. I S. 1809). Die Änderung ist mit Wirkung ab 30.6.2013 anzuwenden (vgl. Art. 31 Abs. 1 des Gesetzes).

§ 7 AO

§ 7 Amtsträger

Amtsträger ist, wer nach deutschem Recht

- 1. Beamter oder Richter (§ 11 Abs. 1 Nr. 3 des Strafgesetzbuches) ist,**
- 2. in einem sonstigen öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis steht oder**
- 3. sonst dazu bestellt ist, bei einer Behörde oder bei einer sonstigen Stelle oder in deren Auftrag Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrzunehmen.**

Anwendungserlass

Zu § 7 Amtsträger:

1. Der Begriff des Amtsträgers ist u.a. im Zusammenhang mit dem Steuergeheimnis (§ 30 AO), der Haftungsbeschränkung (§ 32 AO), der Ausschließung und Ablehnung von Personen in einem Verwaltungsverfahren (§§ 82 ff. AO) und bei der Selbstanzeige (§ 371 Abs. 2 AO) von Bedeutung. Die Bestimmung entspricht § 11 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 StGB.
2. Die in § 7 Nrn. 1 und 2 AO genannten Personen sind ohne Rücksicht auf Art und Inhalt der ausgeübten Tätigkeit Amtsträger.
3. Die in § 7 Nr. 3 AO aufgeführten Personen sind nur Amtsträger, soweit sie Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen. Das sind Aufgaben, bei deren Erledigung Angelegenheiten der Gemeinwesen und ihrer Mitglieder unmittelbar gebietend, verbotend, entscheidend oder sonst wie handelnd innerhalb der gesetzlichen Grenzen wahrgenommen werden. Unter § 7 Nr. 3 AO fallen insbesondere Verwaltungsangestellte (z.B. Angestellte im Außenprüfungsdienst), soweit sie nicht lediglich als Hilfskräfte bei öffentlichen Aufgaben mitwirken (z.B. Registratur- und Schreibkräfte).

Teil 2 – Finanzgerichtsordnung

I. Finanzgerichtsordnung (FGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.3.2001 (BGBl. I S. 442), zuletzt geändert durch Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften vom 8.7.2014 (BGBl. I S. 890) mit Hinweisen auf Verwaltungsregelungen und Leitsätzen zur BFH-Rechtsprechung ab 1990	1
II. Anhang zur Finanzgerichtsordnung 1. Auszug aus dem Gerichtskostengesetz.....	147
III. Anlagen (Verwaltungsregelungen zur Finanzgerichtsordnung).....	149
IV. Stichwortverzeichnis zur Finanzgerichtsordnung	187

I. Finanzgerichtsordnung (FGO)

in der Fassung der Bekanntmachung
vom 28. März 2001

(BGBl. I S. 442, 2262)

Geändert durch:

1. Zustellungsreformgesetz vom 25.6.2001 (BGBl. I S. 1206)
2. Gesetz zur Anpassung der Formvorschriften des Privatrechts und anderer Vorschriften an den modernen Rechtsgeschäftsverkehr vom 13.7.2001 (BGBl. I S. 1542)
3. Gesetz zur Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes und anderer Gesetze vom 14.12.2001 (BGBl. I S. 3714)
4. Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz vom 19.12.2001 (BGBl. I S. 3922)
5. Steueränderungsgesetz 2001 vom 20.12.2001 (BGBl. I S. 3794)
6. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz vom 5.5.2004 (BGBl. I S. 718)
7. Erstes Justizmodernisierungsgesetz vom 24.8.2004 (BGBl. I S. 2198)
8. Anhörungsrügensgesetz vom 9.12.2004 (BGBl. I S. 3220)
9. Gesetz zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verfahrensvorschriften zur Wahl und Berufung ehrenamtlicher Richter vom 21.12.2004 (BGBl. I S. 3599)
10. Justizkommunikationsgesetz vom 22.3.2005 (BGBl. I S. 837)
11. Föderalismusreform – Begleitgesetz vom 5.9.2006 (BGBl. I S. 2098)
12. Gesetz zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts vom 12.12.2007 (BGBl. I S. 2840)
13. Gesetz zur Modernisierung von Verfahren im anwaltlichen und notariellen Berufsrecht, zur Errichtung einer Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften vom 30.7.2009 (BGBl. I S. 2449)
14. Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24.11.2011 (BGBl. I S. 2302)
15. Gesetz zur Änderung von Vorschriften über Verkündung und Bekanntmachungen sowie der Zivilprozessordnung, des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung und der Abgabenordnung vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 3044)
16. Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung (MediationsuaFöG) vom 21.7.2012 (BGBl. I S. 1577)
17. Gesetz zur Einführung von Kostenhilfe für Drittbetroffene in Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sowie zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 20.4.2013 (BGBl. I S. 829)
18. Gesetz zur Intensivierung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren vom 25.4.2013 (BGBl. I S. 935)
19. Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz (AmtshilfeRLUmsG) vom 26.6.2013 (BGBl. I S. 1809)
20. Gesetz zur Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungshilferechts vom 31.8.2013 (BGBl. I S. 3533)
21. Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10.10.2013 (BGBl. I S. 3786)
22. Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften vom 8.7.2014 (BGBl. I S. 890)

Inhaltsübersicht¹⁾

Erster Teil. Gerichtsverfassung

Abschnitt I. Gerichte

	Seite
§ 1 Unabhängigkeit der Gerichte.....	7
§ 2 Arten der Gerichte.....	7
§ 3 Errichtung und Aufhebung von Finanzgerichten	7
§ 4 Anwendung des Gerichtsverfassungsgesetzes	8
§ 5 Verfassung der Finanzgerichte.....	8

1) Die Inhaltsübersicht sowie die entsprechenden Überschriften zu den einzelnen Vorschriften sind nicht amtlich.

§ 6	Einzelrichter	9
§§ 7–9	(weggefallen)	
§ 10	Verfassung des Bundesfinanzhofs	10
§ 11	Zuständigkeit des Großen Senats	10
§ 12	Geschäftsstelle	11
§ 13	Rechts- und Amtshilfe	11

Abschnitt II. Richter

§ 14	Richter auf Lebenszeit	11
§ 15	Richter auf Probe	11

Abschnitt III. Ehrenamtliche Richter

§ 16	Stellung	12
§ 17	Voraussetzung für die Berufung	12
§ 18	Ausschlussgründe	12
§ 19	Unvereinbarkeit	12
§ 20	Recht zur Ablehnung der Berufung	13
§ 21	Gründe zur Amtsentbindung	13
§ 22	Wahl	13
§ 23	Wahlausschuss	14
§ 24	Bestimmung der Anzahl	14
§ 25	Vorschlagsliste	14
§ 26	Wahlverfahren	14
§ 27	Liste und Hilfsliste	15
§ 28	(aufgehoben)	
§ 29	Entschädigung	15
§ 30	Ordnungsstrafen	15

Abschnitt IV. Gerichtsverwaltung

§ 31	Dienstaufsicht	16
§ 32	Verbot der Übertragung von Verwaltungsgeschäften	16

Abschnitt V. Finanzrechtsweg und Zuständigkeit

Unterabschnitt 1. Finanzrechtsweg

§ 33	Zulässigkeit des Rechtswegs	17
§ 34	Verbindlichkeit von Entscheidungen über die Zulässigkeit des Rechtswegs	18

Unterabschnitt 2. Sachliche Zuständigkeit

§ 35	Zuständigkeit der Finanzgerichte	18
§ 36	Zuständigkeit des Bundesfinanzhofs	18
§ 37	(weggefallen)	

Unterabschnitt 3. Örtliche Zuständigkeit

§ 38	Örtliche Zuständigkeit des Finanzgerichts	19
§ 39	Bestimmung des Gerichts durch den Bundesfinanzhof	20

Zweiter Teil. Verfahren

Abschnitt I. Klagearten, Klagebefugnis, Klagevoraussetzungen, Klageverzicht

§ 40	Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	21
§ 41	Feststellungsklage	24
§ 42	Unanfechtbare Verwaltungsakte	25
§ 43	Verbindung von Klagen	25

§ 44	Außergerichtlicher Rechtsbehelf	25
§ 45	Sprungklage	26
§ 46	Untätigkeitsklage	27
§ 47	Frist zur Erhebung der Anfechtungsklage	28
§ 48	Klagebefugnis	29
§ 49	(aufgehoben)	
§ 50	Klageverzicht	31

Abschnitt II. Allgemeine Verfahrensvorschriften

§ 51	Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen	32
§ 52	Sitzungspolizei usw.	32
§ 52a	Übermittlung elektronischer Dokumente	33
§ 52b	Führung elektronischer Prozessakten	35
§ 52c	Elektronische Formulare	36
§ 52d	(zukünftig)	36
§ 53	Zustellung	37
§ 54	Beginn des Laufs von Fristen	37
§ 55	Belehrung über Frist	38
§ 56	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	39
§ 57	Am Verfahren Beteiligte	41
§ 58	Verfahrenshandlungsfähigkeit	42
§ 59	Streitgenossenschaft	42
§ 60	Beiladungen	43
§ 60a	Beiladung von mehr als 50 Personen	46
§ 61	(aufgehoben)	
§ 62	Bevollmächtigte und Beistände	47
§ 62a	(aufgehoben)	

Abschnitt III. Verfahren im ersten Rechtszug

§ 63	Passivlegitimation	51
§ 64	Form der Klageerhebung	52
§ 65	Notwendiger Inhalt der Klage	53
§ 66	Rechtshängigkeit	54
§ 67	Klageänderung	54
§ 68	Änderung des angefochtenen Verwaltungsakts	55
§ 69	Aussetzung der Vollziehung	58
§ 70	Sachliche und örtliche Zuständigkeit des Gerichts	65
§ 71	Zustellung der Klageschrift	65
§ 72	Zurücknahme der Klage	66
§ 73	Verbindung mehrerer Verfahren	67
§ 74	Aussetzung der Verhandlung	68
§ 75	Mitteilung der Besteuerungsgrundlage	71
§ 76	Erforschung der Sachverhalts durch das Gericht	72
§ 77	Schriftsätze	74
§ 77a	(aufgehoben)	
§ 78	Akteneinsicht	75
§ 79	Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	76
§ 79a	Entscheidungen des Vorsitzenden	77
§ 79b	Fristsetzung zur Angabe von Tatsachen	78
§ 80	Persönliches Erscheinen	79
§ 81	Beweiserhebung	79
§ 82	Verfahren bei der Beweisaufnahme	80
§ 83	Benachrichtigung der Parteien	80
§ 84	Zeugnisverweigerungsrecht	81
§ 85	Pflichten der Zeugen	81
§ 86	Aktenvorlage und Auskunfterteilung	82
§ 87	Zeugnis von Behörden	83
§ 88	Weiterer Grund für Ablehnung von Sachverständigen	83
§ 89	Erzwingung der Vorlage von Urkunden	83

§ 90	Entscheidung grundsätzlich auf Grund mündlicher Verhandlung	84
§ 90a	Entscheidung durch Gerichtsbescheid	85
§ 91	Ladung der Beteiligten	86
§ 91a	Aufenthalt während einer mündlichen Verhandlung	86
§ 92	Gang der Verhandlung	86
§ 93	Erörterung der Streitsache	87
§ 93a	(aufgehoben)	
§ 94	Niederschrift	88
§ 94a	Bestimmung des Verfahrens nach billigem Ermessen	88

Abschnitt IV. Urteile und andere Entscheidungen

§ 95	Urteil	89
§ 96	Freie Beweiswürdigung, notwendiger Inhalt des Urteils	89
§ 97	Zwischenurteil über Zulässigkeit der Klage	92
§ 98	Teilurteil	92
§ 99	Vorabentscheidung	92
§ 100	Aufhebung angefochtener Verwaltungsakte	93
§ 101	Urteil auf Erlass eines Verwaltungsakts	95
§ 102	Nachprüfung des Ermessensgebrauchs	96
§ 103	Am Urteil beteiligte Richter	98
§ 104	Verkündung und Zustellung des Urteils	98
§ 105	Urteilsform	99
§ 106	Gerichtsbescheide	100
§ 107	Berichtigung des Urteils	100
§ 108	Antrag auf Berichtigung des Tatbestands	101
§ 109	Nachträgliche Ergänzung eines Urteils	101
§ 110	Rechtskraftwirkung der Urteile	102
§ 111	(gestrichen)	
§ 112	(gestrichen)	
§ 113	Beschlüsse	103
§ 114	Einstweilige Anordnungen	104

Abschnitt V. Rechtsmittel und Wiederaufnahme des Verfahren

Unterabschnitt 1. Revision

§ 115	Zulassung der Revision	106
§ 116	Revision ohne vorherige Zulassung	111
§ 117	(weggefallen)	
§ 118	Revisionsgründe	114
§ 119	Fälle der Verletzung von Bundesrecht	116
§ 120	Einlegung der Revision	119
§ 121	Verfahrensvorschriften	120
§ 122	Beteiligte am Revisionsverfahren	121
§ 123	Unzulässigkeit der Klageänderung	122
§ 124	Prüfung der Zulässigkeit der Revision	123
§ 125	Rücknahme der Revision	123
§ 126	Entscheidung über die Revision	124
§ 126a	Entscheidung durch Beschluss	125
§ 127	Zurückverweisung	125

Unterabschnitt 2. Beschwerde, Erinnerung, Anhöhrungsrüge

§ 128	Fälle der Zulässigkeit der Beschwerde	126
§ 129	Einlegung der Beschwerde	127
§ 130	Abhilfe oder Vorlage beim BFH	127
§ 131	Aufschiebende Wirkung der Beschwerde	128
§ 132	Entscheidung über die Beschwerde	128
§ 133	Antrag auf Entscheidung des Gerichts	128
§ 133a	Anhöhrungsrüge	129

Unterabschnitt 3. Wiederaufnahme des Verfahrens

§ 134	Wiederaufnahme des Verfahrens	130
-------	-------------------------------------	-----

Dritter Teil. Kosten und Vollstreckung

Abschnitt I. Kosten

§ 135	Kostenpflichtige	131
§ 136	Kompensation der Kosten	132
§ 137	Anderweitige Auferlegung der Kosten	133
§ 138	Kostenentscheidung durch Beschluss.....	134
§ 139	Erstattungsfähige Kosten	136
§§ 140 und 141 (aufgehoben)		
§ 142	Armenrecht	137
§ 143	Kostenentscheidung.....	138
§ 144	Kostenentscheidung bei Rücknahme einer Rechtsbehelfs	139
§ 145	Anfechtung der Kostenentscheidung.....	139
§§ 146–148 (aufgehoben)		
§ 149	Festsetzung der zu erstattenden Aufwendungen.....	140

Abschnitt II. Vollstreckung

§ 150	Anwendung der Bestimmungen der AO.....	141
§ 151	Anwendung der Bestimmungen der ZPO.....	141
§ 152	Vollstreckung wegen Geldforderungen	142
§ 153	Ohne Vollstreckungsklausel.....	142
§ 154	Androhung eines Zwangsgeldes	142

Vierter Teil. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 155	Anwendung von GVG und von ZPO.....	143
§ 156	145
§ 157	Folgen der Nichtigkeitserklärung von landesrechtlichen Vorschriften.....	145
§ 158	Verfahren nach §§ 94, 96 Abs. 7 Satz 5 der Abgabenordnung.....	146
§ 159	(aufgehoben)	
§ 160	Ermächtigung zu abweichenden Regelungen, Revision wegen Verletzung von Landesrecht	146
§ 161	Aufhebung von Vorschriften (weggefallen)	
§§ 162–183 (weggefallen)		
§ 184	Inkrafttreten.....	146

Finanzgerichtsordnung

Erster Teil. Gerichtsverfassung

Abschnitt I. Gerichte

§ 1 [Unabhängigkeit der Gerichte]

Die Finanzgerichtsbarkeit wird durch unabhängige, von den Verwaltungsbehörden getrennte, besondere Verwaltungsgerichte ausgeübt.

Verwaltungsregelungen

Datum	Anlage	Quelle	Inhalt
14.01.2013	§ 001 – 01	FM NRW	Unterrichtung der Oberfinanzdirektionen und des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen über Rechtsbehelfsverfahren von grundsätzlicher oder besonderer wirtschaftlicher Bedeutung
12.03.2010	§ 001 – 02	BMF	Unterrichtung der obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder über Gerichtsverfahren von grundsätzlicher Bedeutung
01.04.1999	§ 001 – CD 01	FM NRW	Vorabentscheidungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof
22.11.2010	§ 001 – CD 02	FM BY	Verfahren vor dem Finanzgericht

§ 2 [Arten der Gerichte]

Gerichte der Finanzgerichtsbarkeit sind in den Ländern die Finanzgerichte als obere Landesgerichte, im Bund der Bundesfinanzhof mit dem Sitz in München.

§ 3 [Errichtung und Aufhebung von Finanzgerichten]

(1) Durch Gesetz werden angeordnet

- 1. die Errichtung und Aufhebung eines Finanzgerichts,**
- 2. die Verlegung eines Gerichtssitzes,**
- 3. Änderungen in der Abgrenzung der Gerichtsbezirke,**
- 4. die Zuweisung einzelner Sachgebiete an ein Finanzgericht für die Bezirke mehrerer Finanzgerichte,**
- 5. die Errichtung einzelner Senate des Finanzgerichts an anderen Orten,**
- 6. der Übergang anhängiger Verfahren auf ein anderes Gericht bei Maßnahmen nach den Nummern 1, 3 und 4, wenn sich die Zuständigkeit nicht nach den bisher geltenden Vorschriften richten soll.**

(2) Mehrere Länder können die Errichtung eines gemeinsamen Finanzgerichts oder gemeinsamer Senate eines Finanzgerichts oder die Ausdehnung von Gerichtsbezirken über die Landesgrenzen hinaus, auch für einzelne Sachgebiete, vereinbaren.

§§ 4, 5 FGO

§ 4 [Anwendung des Gerichtsverfassungsgesetzes]

Für die Gerichte der Finanzgerichtsbarkeit gelten die Vorschriften des Zweiten Titels des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend.

Rechtsprechungsauswahl

BFH vom 26.1.1999 (BStBl. 1999 II S. 305): Gesetzlicher Richter hinreichend bestimmt, wenn Zuständigkeitsregelung an Zählkartennummer anknüpft.

§ 5 [Verfassung der Finanzgerichte]

(1) Das Finanzgericht besteht aus dem Präsidenten, den Vorsitzenden Richtern und weiteren Richtern in erforderlicher Anzahl. Von der Ernennung eines Vorsitzenden Richters kann abgesehen werden, wenn bei einem Gericht nur ein Senat besteht.

(2) Bei den Finanzgerichten werden Senate gebildet. Zoll-, Verbrauchsteuer- und Finanzmonopolsachen sind in besonderen Senaten zusammenzufassen.

(3) Die Senate entscheiden in der Besetzung mit drei Richtern und zwei ehrenamtlichen Richtern, soweit nicht ein Einzelrichter entscheidet. Bei Beschlüssen außerhalb der mündlichen Verhandlung und bei Gerichtsbescheiden (§ 90a) wirken die ehrenamtlichen Richter nicht mit.

(4) Die Länder können durch Gesetz die Mitwirkung von zwei ehrenamtlichen Richtern an den Entscheidungen des Einzelrichters vorsehen. Absatz 3 Satz 2 bleibt unberührt.

Verwaltungsregelungen

Datum	Anlage	Quelle	Inhalt
18.01.2013	§ 005 – 01	FM NI	Bestellung von Güterrichtern beim Niedersächsischen Finanzgericht

Rechtsprechungsauswahl

BFH vom 28.2.1996 (BStBl. 1996 II S. 318): Ablehnung der Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung nach Abschluß der Urteilsberatungen: Keine Mitwirkung der ehrenamtlichen Richter; Begründung im Urteil ausreichend.

BFH vom 21.5.1992 (BStBl. 1992 II S. 845):

- Ermessensentscheidung, ob Gericht über Richterablehnung aufgrund mündlicher Verhandlung entscheidet.
- Zur Mitwirkungspflicht der ehrenamtlichen Richter an dem Beschluß über die Richterablehnung.

§ 6 [Einzelrichter]¹⁾

(1) Der Senat kann den Rechtsstreit einem seiner Mitglieder als Einzelrichter zur Entscheidung übertragen, wenn

1. die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist und

2. die Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung hat.

(2) Der Rechtsstreit darf dem Einzelrichter nicht übertragen werden, wenn bereits vor dem Senat mündlich verhandelt worden ist, es sei denn, dass inzwischen ein Vorbehalts-, Teil- oder Zwischenurteil ergangen ist.

(3) Der Einzelrichter kann nach Anhörung der Beteiligten den Rechtsstreit auf den Senat zurückübertragen, wenn sich aus einer wesentlichen Änderung der Prozesslage ergibt, daß die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat oder die Sache besondere Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist. Eine erneute Übertragung auf den Einzelrichter ist ausgeschlossen.

(4) Beschlüsse nach den Absätzen 1 und 3 sind unanfechtbar. Auf eine unterlassene Übertragung kann die Revision nicht gestützt werden.

Verwaltungsregelungen

Datum	Anlage	Quelle	Inhalt
01.04.1999	§ 006 – 01	FM NRW	Entscheidung durch den Einzelrichter gem. § 6 FGO, § 79a Abs. 2 oder 3 i.V.m. Abs. 4 FGO

Rechtsprechungsauswahl

BFH vom 20.2.2001 (BStBl. 2001 II S. 415): Keine Begründungspflicht für Beschluss über Rechtsstreitübertragung auf Einzelrichter.

BFH vom 29.1.1999 (BStBl. 1999 II S. 302): Erläßt ein nach § 6 Abs. 1 FGO bestellter Richter einen Gerichtsbescheid „gemäß § 79a Abs. 2 und 4 FGO“, ist dagegen ausschließlich der Antrag auf mündliche Verhandlung gegeben.

BFH vom 2.12.1998 (BStBl. 1999 II S. 407): Wiederaufnahme eines finanzgerichtlichen Verfahrens: Entscheidung durch Vollsenat auch, wenn im Vorprozeß Einzelrichter entschieden hat; Verbrauch eines Verzichts auf mündliche Verhandlung kein Nichtigkeitsgrund, wenn dieser Einwand im Vorprozeß ohne Erfolg geblieben ist.

BFH vom 26.10.1998 (BStBl. 1999 II S. 60): Zuständigkeit des Einzelrichters nach Zurückverweisung und erfolgreicher Ablehnung wegen Befangenheit.

BFH vom 28.4.1998 (BStBl. 1998 II S. 544): Zur Zuständigkeit des Einzelrichters nach Übertragung der Rechtssache auf einen anderen Senat.

BFH vom 9.8.1996 (BStBl. 1997 II S. 77): Zum Verzicht auf mündliche Verhandlung vor der Übertragung des Rechtsstreits auf den Einzelrichter.

BFH vom 15.4.1996 (BStBl. 1996 II S. 478): Zur Aufhebung eines Urteils eines Einzelrichters und Zurückverweisung der Sache an den Vollsenat des FG durch den BFH.

§§ 7–9 (weggefallen)

1) Eingefügt mit Wirkung ab 1.1.1993.

§§ 10, 11 FGO

§ 10 [Verfassung des Bundesfinanzhofs]

- (1) Der Bundesfinanzhof besteht aus dem Präsidenten und aus den Vorsitzenden Richtern und weiteren Richtern in erforderlicher Anzahl.**
- (2) Beim Bundesfinanzhof werden Senate gebildet. § 5 Abs. 2 Satz 2 gilt sinngemäß.**
- (3) Die Senate des Bundesfinanzhofs entscheiden in der Besetzung von fünf Richtern, bei Beschlüssen außerhalb der mündlichen Verhandlung in der Besetzung von drei Richtern.**
- (4) (weggefallen)**

Rechtsprechungsauswahl

BFH vom 28.6.2005 (BStBl. 2005 II S. 646): Besetzung des BFH bei Beschluss über Erinnerung gegen Kostenansatz.

BFH vom 11.12.1991 (BStBl. 1992 II S. 260):

- a) Besetzung eines BFH-Senats mit sechs Richtern in Urteilsachen verfassungsgemäß.
- b) Anforderungen an einen senatsinternen Geschäftsverteilungsplan.

§ 11 [Zuständigkeit des Großen Senats]

- (1) Bei dem Bundesfinanzhof wird ein Großer Senat gebildet.**
- (2) Der Große Senat entscheidet, wenn ein Senat in einer Rechtsfrage von der Entscheidung eines anderen Senats oder des Großen Senats abweichen will.**
- (3) Eine Vorlage an den Großen Senat ist nur zulässig, wenn der Senat, von dessen Entscheidung abgewichen werden soll, auf Anfrage des erkennenden Senats erklärt hat, dass er an seiner Rechtsauffassung festhält. Kann der Senat, von dessen Entscheidung abgewichen werden soll, wegen einer Änderung des Geschäftsverteilungsplanes mit der Rechtsfrage nicht mehr befasst werden, tritt der Senat an seine Stelle, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für den Fall, in dem abweichend entschieden wurde, nunmehr zuständig wäre. Über die Anfrage und die Antwort entscheidet der jeweilige Senat durch Beschluss in der für Urteile erforderlichen Besetzung.**
- (4) Der erkennende Senat kann eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung dem Großen Senat zur Entscheidung vorlegen, wenn das nach seiner Auffassung zur Fortbildung des Rechts oder zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung erforderlich ist.**
- (5) Der Große Senat besteht aus dem Präsidenten und je einem Richter der Senate, in denen der Präsident nicht den Vorsitz führt. Bei einer Verhinderung des Präsidenten tritt ein Richter aus dem Senat, dem er angehört, an seine Stelle.**
- (6) Die Mitglieder und die Vertreter werden durch das Präsidium für ein Geschäftsjahr bestellt. Den Vorsitz im Großen Senat führt der Präsident, bei Verhinderung das dienstälteste Mitglied. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.**
- (7) Der Große Senat entscheidet nur über die Rechtsfrage. Er kann ohne mündliche Verhandlung entscheiden. Seine Entscheidung ist in der vorliegenden Sache für den erkennenden Senat bindend.**

Rechtsprechungsauswahl

BFH vom 23.9.2003 (BStBl. 2003 II S. 875): Aufhebung des Vorlagebeschlusses an den Großen Senat des BFH zur Anwendung des § 108 Abs. 3 AO bei der Zugangsvermutung nach § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO.

BFH vom 8.11.2000 (BStBl. 2000 II S. 587): Die Vorlage an den Großen Senat des Bundesfinanzhofs mit Beschluss vom 9.9.1998 in der Fassung des Änderungsbeschlusses vom 17.11.1999 wird zurückgenommen.

BFH vom 29.3.2000 (BStBl. 2000 II S. 622): Anfrage des I. Senats nach § 11 Abs. 3 Satz 1 FGO, ob an der Rechtsprechung festgehalten wird, dass der Erbe einen Verlustabzug des Erblassers nach § 10d EStG bei seiner eigenen Veranlagung geltend machen kann.

§ 12 [Geschäftsstelle]

Bei jedem Gericht wird eine Geschäftsstelle eingerichtet. Sie wird mit der erforderlichen Anzahl von Urkundsbeamten besetzt.

§ 13 [Rechts- und Amtshilfe]

Alle Gerichte und Verwaltungsbehörden leisten den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit Rechts- und Amtshilfe.

Abschnitt II. Richter

§ 14 [Richter auf Lebenszeit]

(1) Die Richter werden auf Lebenszeit ernannt, soweit nicht in § 15 Abweichendes bestimmt ist.

(2) Die Richter des Bundesfinanzhofs müssen das 35. Lebensjahr vollendet haben.

§ 15 [Richter auf Probe]

Bei den Finanzgerichten können Richter auf Probe oder Richter kraft Auftrags verwendet werden.

Abschnitt III. Ehrenamtliche Richter

§ 16 [Stellung]

Der ehrenamtliche Richter wirkt bei der mündlichen Verhandlung und der Urteilsfindung mit gleichen Rechten wie der Richter mit.

§ 17 [Voraussetzungen für die Berufung]¹⁾

Der ehrenamtliche Richter muß Deutscher sein. Er soll das 25. Lebensjahr vollendet und seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche oder berufliche Niederlassung innerhalb des Gerichtsbezirks haben.

§ 18 [Ausschlussgründe]²⁾

(1) Vom Amt des ehrenamtlichen Richters sind ausgeschlossen

- 1. Personen, die infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzen oder wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten oder innerhalb der letzten zehn Jahre wegen einer Steuer- oder Monopolstraftat verurteilt worden sind, soweit es sich nicht um eine Tat handelt, für die das nach der Verurteilung geltende Gesetz nur noch eine Geldbuße androht,**
- 2. Personen, gegen die Anklage wegen einer Tat erhoben ist, die den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann,**
- 3. Personen, die nicht das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften des Landes besitzen.**

(2) Personen, die in Vermögensverfall geraten sind, sollen nicht zu ehrenamtlichen Richtern berufen werden.

§ 19 [Unvereinbarkeit]

Zum ehrenamtlichen Richter können nicht berufen werden

- 1. Mitglieder des Bundestages, des Europäischen Parlaments³⁾, der gesetzgebenden Körperschaften eines Landes, der Bundesregierung oder einer Landesregierung,**
- 2. Richter,**
- 3. Beamte und Angestellte der Steuerverwaltungen des Bundes und der Länder,**
- 4. Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit,**
- 5. Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Steuerberater, Vorstandsmitglieder von Steuerberatungsgesellschaften, die nicht Steuerberater sind, ferner Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer und Personen, die fremde Rechtsangelegenheiten geschäftsmäßig besorgen.**

1) Geändert durch Gesetz vom 21.12.2004 – Inkrafttreten 1.1.2005; Wortlaut vorher: Er soll das 30. Lebensjahr vollendet und während des letzten Jahres vor seiner Wahl seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche oder berufliche Niederlassung innerhalb des Gerichtsbezirks gehabt haben.

2) In der durch das Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung vom 5.10.1994 (BGBl. I S. 2911) geänderten Fassung.

3) Gilt ab 1.4.1991.

§ 20 [Recht zur Ablehnung der Berufung]

(1) Die Berufung zum Amt des ehrenamtlichen Richters dürfen ablehnen

- 1. Geistliche und Religionsdiener,**
- 2. Schöffen und andere ehrenamtliche Richter,**
- 3. Personen, die zwei Amtsperioden¹⁾ lang als ehrenamtliche Richter beim Finanzgericht tätig gewesen sind,**
- 4. Ärzte, Krankenpfleger, Hebammen,**
- 5. Apothekenleiter, die kein pharmazeutisches Personal beschäftigen,**
- 6. Personen, die die Regelaltersgrenze nach dem sechsten Buch Sozialgesetzbuch erreicht haben.²⁾**

(2) In besonderen Härtefällen kann außerdem auf Antrag von der Übernahme des Amtes befreit werden.

§ 21 [Gründe für Amtsentbindung]

(1) Ein ehrenamtlicher Richter ist von seinem Amt zu entbinden, wenn er

- 1. nach den §§ 17 bis 19 nicht berufen werden konnte oder nicht mehr berufen werden kann oder**
- 2. einen Ablehnungsgrund nach § 20 Abs. 1 geltend macht oder**
- 3. seine Amtspflichten gröblich verletzt hat oder**
- 4. die zur Ausübung seines Amtes erforderlichen geistigen oder körperlichen Fähigkeiten nicht mehr besitzt oder**
- 5. seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche oder berufliche Niederlassung im Gerichtsbezirk aufgibt.**

(2) In besonderen Härtefällen kann außerdem auf Antrag von der weiteren Ausübung des Amtes entbunden werden.

(3) Die Entscheidung trifft der vom Präsidium für jedes Geschäftsjahr im voraus bestimmte Senat in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1, 3 und 4 auf Antrag des Präsidenten des Finanzgerichts, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 und 5 und des Absatzes 2 auf Antrag des ehrenamtlichen Richters. Die Entscheidung ergeht durch Beschluss nach Anhörung des ehrenamtlichen Richters.

(4) Absatz 3 gilt sinngemäß in den Fällen des § 20 Abs. 2.

(5) Auf Antrag des ehrenamtlichen Richters ist die Entscheidung nach Absatz 3 aufzuheben, wenn Anklage nach § 18 Nr. 2 erhoben war und der Angeschuldigte rechtskräftig außer Verfolgung gesetzt oder freigesprochen worden ist.

§ 22 [Wahl]

Die ehrenamtlichen Richter werden für jedes Finanzgericht auf fünf³⁾ Jahre durch einen Wahlausschuss nach Vorschlagslisten (§ 25) gewählt.

1) Geändert durch Gesetz vom 21.12.2004 – Inkrafttreten 1.1.2005; vorher: acht Jahre.

2) Geändert durch Gesetz vom 30.7.2009 – Inkrafttreten 5.8.2009.

3) Geändert durch Gesetz vom 21.12.2004 – Inkrafttreten 1.1.2005; vorher: vier Jahre.

§§ 23 – 26 FGO

§ 23 [Wahlausschuss]

(1) Bei jedem Finanzgericht wird ein Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bestellt.

(2) Der Ausschuss besteht aus dem Präsidenten des Finanzgerichts als Vorsitzendem, einem durch die Oberfinanzdirektion zu bestimmenden Beamten der Landesfinanzverwaltung und sieben Vertrauensleuten, die die Voraussetzungen zur Berufung als ehrenamtlicher Richter erfüllen. Die Vertrauensleute, ferner sieben Vertreter werden auf fünf¹⁾ Jahre vom Landtag oder von einem durch ihn bestimmten Landtagsausschuss oder nach Maßgabe der Landesgesetze gewählt. In den Fällen des § 3 Abs. 2 und bei Bestehen eines Finanzgerichts für die Bezirke mehrerer Oberfinanzdirektionen innerhalb eines Landes richtet sich die Zuständigkeit der Oberfinanzdirektion für die Bestellung des Beamten der Landesfinanzverwaltung sowie des Landes für die Wahl der Vertrauensleute nach dem Sitz des Finanzgerichts. Die Landesgesetzgebung kann in diesen Fällen vorsehen, dass jede beteiligte Oberfinanzdirektion einen Beamten der Finanzverwaltung in den Ausschuss entsendet und dass jedes beteiligte Land mindestens zwei Vertrauensleute bestellt. In Fällen, in denen ein Land nach § 2a Abs. 1 des Finanzverwaltungsgesetzes auf Mittelbehörden verzichtet hat, ist für die Bestellung des Beamten der Landesfinanzverwaltung die oberste Landesbehörde im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 des Finanzverwaltungsgesetzes zuständig.²⁾

(3) Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn wenigstens der Vorsitzende, ein Vertreter der Finanzverwaltung und drei Vertrauensleute anwesend sind.

§ 24 [Bestimmung der Anzahl]

Die für jedes Finanzgericht erforderliche Anzahl von ehrenamtlichen Richtern wird durch den Präsidenten so bestimmt, dass voraussichtlich jeder zu höchstens zwölf ordentlichen Sitzungstagen im Jahre herangezogen wird.

§ 25 [Vorschlagsliste]

Die Vorschlagsliste der ehrenamtlichen Richter wird in jedem fünften³⁾ Jahr durch den Präsidenten des Finanzgerichts aufgestellt. Er soll zuvor die Berufsvertretungen hören. In die Vorschlagsliste soll die doppelte³⁾ Anzahl der nach § 24 zu wählenden ehrenamtlichen Richter aufgenommen werden.

§ 26 [Wahlverfahren]

(1) Der Ausschuss wählt aus den Vorschlagslisten mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen die erforderliche Anzahl von ehrenamtlichen Richtern.

(2) Bis zur Neuwahl bleiben die bisherigen ehrenamtlichen Richter im Amt.

1) Geändert durch Gesetz vom 21.12.2004 – Inkrafttreten 1.1.2005; vorher: vier Jahre.

2) Eingefügt durch Gesetz zur Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes und anderer Gesetze vom 14.12.2001 (BGBl. I S. 3714).

3) Geändert durch Gesetz vom 21.12.2004 – Inkrafttreten 1.1.2005; vorher: vierten bzw. dreifache.

Stichwortverzeichnis

A

- Abfassung des Urteils** § 105
- Abgabenangelegenheiten**
 - Begriff § 33
- Abhilfe**
 - der Beschwerde durch das Finanzgericht § 130
- Ablehnung**
 - von Beweisanträgen, Beschwerde § 128
 - von Gerichtspersonen § 51
 - von Sachverständigen § 88
- Abstimmung**
 - des Gerichts § 52
- Akten**
 - Aktenführung im Klageverfahren
Anl. § 071-CD 01
 - Übersendung an das Gericht § 71,
Anl. § 071-CD 01
 - Vorlage § 86
- Akteneinsicht**
 - im finanzgerichtl. Verfahren § 78
- Aktenvorlage**
 - im finanzgerichtl. Verfahren § 86
- Amtsentscheidung**
 - ehrenamtlicher Richter § 21
- Amtshilfe**
 - für die Finanzgerichtsbarkeit § 13
- Änderung**
 - der Klage § 67
 - von Verwaltungsakten im Klageverfahren
§ 68
 - von Verwaltungsakten während des
gerichtlichen Verfahrens Anl. § 068-01
- Änderungsbescheide**
 - Anfechtbarkeit in gerichtl. Verfahren § 42
- Anfechtung**
 - der Kostenentscheidung § 145
- Anfechtungsbeschränkung**
 - bei Änderungs- und Folgebescheiden § 42
- Anfechtungsklage** § 40
 - Frist § 47
 - Gegenstand § 40
 - Klageinhalt § 65
 - Zwischenurteil § 99
- Angehörige**
 - Zeugnisverweigerungsrecht § 84
- Anhörungsreihe** § 133a
- Anordnung**
 - gerichtliche, Zustellung § 53
- Anstalten**
 - Zeugnis § 87
- Antrag**
 - Anregung durch das Gericht § 76
- Armenrecht** § 142
- Aufenthalt**
 - während mündlicher Verhandlung § 91a

- Aufhebung**
 - des Verwaltungsakts durch Urteil § 100
 - eines Finanzgerichts § 3
- Aufhebung der Vollziehung** § 69
- Aufklärungsanordnungen**
 - Beschwerde § 128
- Aufschiebende Wirkung**
 - der Beschwerde § 131
- Auskunftserteilung**
 - durch Behörden § 86
- Auskunftsverpflichtung**
 - von Behörden vor Gericht § 86
- Auskunftsverweigerungsrecht**
 - der Behörden vor Gericht § 86
- Auslagen** § 139
 - erstattungsfähige - § 139
 - im finanzgerichtlichen Verfahren Anl. § 135-01,
Anl. § 135-CD 01
- Ausschluss**
 - der Öffentlichkeit § 52
 - vom Richteramt § 21
 - von ehrenamtlichen Richtern § 18
 - von Gerichtspersonen § 51
- Ausschlussfrist**
 - zum Nachreichen einer Vollmacht § 62
 - zur Ergänzung des notwendigen Inhalts einer
Klage § 65
- Außergerichtlicher Rechtsbehelf** § 44
- Aussetzung**
 - der Verhandlung § 74
- Aussetzung der Vollziehung**
 - Beschwerde § 128
 - im finanzgerichtl. Verfahren § 131, § 69
 - Sicherheitsleistung § 69
- Aussetzung des Verfahrens**
 - durch das Gericht § 74
- Auszubildende**
 - Anwesenheit bei der Beratung § 52
- B**
- Beeidigung**
 - der Sachverständigen § 158
 - der Zeugen § 158
- Befangenheit**
 - von Gerichtspersonen § 51
- Begründung**
 - der Klage § 65
 - der Revision § 118
 - des Urteils § 105
 - von Beschlüssen § 113
- Behörden**
 - Auskunftsverweigerung § 86
 - Passivlegitimation § 63
 - Zeugnis § 87

Beigeladene

- Kosten § 139
- Rechte § 60

Beiladung Anl. § 060 - 01

- der obersten Aufsichtsbehörde im finanzgerichtlichen Verfahren § 86
- im finanzgerichtlichen Verfahren § 60, § 73
- von mehr als 50 Personen § 60a

Beistände

- Betriebs- und Fahndungsprüfer als - vor Gericht Anl. § 062-03
- in finanzgerichtl. Verfahren § 62

Beitritt

- des Bundesministers der Finanzen § 122

Bekanntgabe § 54

- von Verwaltungsakten während des Klageverfahrens Anl. § 068-01

Beklagter § 63**Beratung**

- durch das Gericht § 52

Berichterstatter

- Antrag auf Entscheidung des Gerichts gegen Entscheidung durch den - § 133
- Beschwerde gegen Entscheidungen des - § 128
- Entscheidungen anstelle des Vorsitzenden § 79a

Berichtigung

- des Tatbestands § 108
- des Urteils § 107

Berufsausübung, Untersagung

- Hemmung der Vollziehung § 69

Beschluss

- Formvorschriften § 113
- über Revision § 126a

Beschwerde

- Abhilfe § 130
- an den BFH § 128
- aufschiebende Wirkung § 131
- bei Aussetzung der Vollziehung § 128
- bei einstweiliger Anordnung § 128
- Einlegung § 129
- Entscheidung § 132
- Frist § 129
- Vorlage beim BFH § 130
- Zulässigkeit § 128

Beschwerde wegen Nichtzulassung der Revision

- siehe Nichtzulassungsbeschwerde

Besetzung

- der Senate § 5
- des Großen Senats § 11

Bestellung

- eines Bevollmächtigten vor Gericht § 62

Besteuerungsgrundlagen

- Mitteilung von - im Klageverfahren § 75

Beteiligte

- am finanzgerichtlichen Verfahren § 57
- am Revisionsverfahren § 122
- Anordnung des persönlichen Erscheinens § 79
- Kostentragung § 135, § 136, § 137

- Ladung der -n § 91

- Mitwirkungspflichten § 76

Betragsberechnung

- der Steuer durch das FA auf Anordnung des Gerichts § 100, Anl. § 100-CD 01

Betreuer

- Verhandlungsfähigkeit § 58

Betriebsprüfer

- als Bevollmächtigte oder Beistände vor Gericht Anl. § 062-03

Bevollmächtigte

- im finanzgerichtl. Verfahren § 62
- Kosten § 139

Beweisaufnahme

- Beweistermin § 83
- Verfahren § 81, § 82

Beweisbeschluss

- Beschwerde § 128

Beweiserhebung

- durch das Gericht § 81
- Vorbereitung der mündlichen Verhandlung § 79

Beweismittel

- Zurückweisung durch das Gericht § 76, § 79b

Beweistermin

- Benachrichtigung der Parteien § 83

Beweiswürdigung

- freie § 96

Bindung

- des BFH an Tatsachenfeststellungen § 118

Bindungswirkung

- des Urteils § 100, § 110, § 118, Anl. § 110-CD 01

Bundesfinanzhof

- Besetzung der Senate § 10
- Bindung an tatsächliche Feststellungen § 118
- Großer Senat § 11
- Verfassung § 10
- Vertretung der Finanzverwaltung Anl. § 115-02
- Vertretungszwang § 62
- Zuständigkeit § 36

Bundesministerium der Finanzen

- Beitritt zur Revision § 122

Bundesrecht

- Verletzung § 119

Bundessteuerblatt

- Anwendung von Urteilen Anl. § 110-CD 01

D**Dienstaufsicht**

- in der Finanzgerichtsbarkeit § 31

Dritte

- Beiladung im finanzgerichtlichen Verfahren § 60

E**Ehrenamtliche Richter**

- Ablehnung der Berufung § 20
- Amtsdauer § 22
- Amtsentbindung § 21
- Anzahl § 24
- Ausschluß § 18
- Befreiung vom Amt § 20

- Berufung § 17, § 18, § 19
- Entschädigung § 29
- Liste der - § 27
- Mitwirkung bei Entscheidungen § 5
- Ordnungsstrafen § 30
- Stellung § 16
- Unvereinbarkeit mit anderen Funktionen § 19
- Vermögensverfall § 18
- Vertretung bei Verhinderung § 27
- Voraussetzungen § 17
- Vorschlagsliste § 25
- Wahl § 22
- Wahlverfahren § 26

Eid

- siehe Beeidigung

Eidesverweigerung

- Entscheidung über die Rechtmäßigkeit § 158

Eidliche Vernehmung

- durch das Finanzgericht § 158

Einkünfte aus Gewerbebetrieb

- Regelungen für Rechtsbehelfsverfahren
Anl. § 069-01

Einstweilige Anordnung § 114

- Beschwerde § 128
- Vollstreckung § 151
- Zwangsgeld bei Nichtbeachtung § 154

Einzelrichter § 6

- Übertragung der Entscheidung auf -
Anl. § 006-01

Elektronische Formulare § 52c

Elektronischer Rechtsverkehr § 52d

elektronisches Dokument

- Übermittlung § 52a

Entschädigung

- der ehrenamtlichen Richter § 29
- der Vertrauensleute § 29

Entscheidung

- Antrag auf - des Gerichts § 133
- des beauftragten oder ersuchten Richters § 133
- des Berichterstatters § 79a
- des Urkundsbeamten § 133
- des Vorsitzenden § 79a
- durch Beschluss § 126a
- über Beschwerde § 132
- über Klage § 105, § 95
- über Revision § 126

Erforschung des Sachverhalts

- durch das Gericht § 76

Ergänzung

- des Urteils § 109

Erinnerung

- gegen Kostenfestsetzung § 149, Anl. § 135-01,
Anl. § 135-CD01

Erledigung in der Hauptsache

- Kostenentscheidung § 138
- Widerspruch gegen Erledigungserklärung § 138

Ermessen

- Bestimmung des Verfahrens nach billigem -
§ 94a
- Nachprüfung durch das Gericht § 102

Ernennung

- der Richter § 14

Erörterung

- der Streitsache § 93

Errichtung

- eines Finanzgerichts § 3

Erscheinen, persönliches

- vor Gericht § 80

Erzwingung

- der Vorlage von Urkunden § 89

Europäischer Gerichtshof

- Vorabentscheidungsverfahren
Anl. § 001 - CD 01

F

Fahndungsprüfer

- als Bevollmächtigte oder Beistände vor Gericht
Anl. § 062-03

Familienleistungsausgleich

- örtliche Zuständigkeit § 38

Feststellungsbescheide

- Klagebefugnis § 48

Feststellungsklage § 41

Finanzgericht

- Amtsermittlungsgrundsätze § 76
- Arten § 2
- Besetzung der Senate § 5
- Bestimmung durch den BFH § 39
- ehrenamtliche Richter § 16
- Errichtung und Aufhebung § 3
- gemeinsames - mehrerer Länder § 3
- Gerichtsbezirk § 3
- obere Landesgerichte § 2
- örtliche Zuständigkeit § 38
- Rechts- und Amtshilfe § 13
- Richter § 14
- sachliche Zuständigkeit § 35
- Übergang anhängiger Verfahren auf ein
anderes - § 3
- Unabhängigkeit § 1
- Unzuständigkeit § 70
- Verfassung der - e § 5
- Verlegung des Gerichtssitzes § 3
- Zuständigkeitsstreit § 39

Finanzmonopolsachen

- besondere Senate § 5

Finanzrechtsweg

- aufgrund des § 33 Abs. 1 Nr. 4 § 160
- Zulässigkeit § 33

Folgebescheid

- Anfechtung § 42

Formfehler

- im finanzgerichtliche Verfahren § 76

Formulare

- elektronische § 52c

Frist

- Anfechtungsklage § 47
- bei unrichtiger oder unterbliebener
Rechtsbehelfsbelehrung § 55
- Belehrung § 55

- Beschwerde § 129
- Fristbeginn § 54
- Ladung zur mündlichen Verhandlung § 91
- nach § 364 b Abs. 1 AO § 76
- Revision § 120
- Untätigkeitsklage § 46
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand § 56

Fristsetzung

- zur Angabe von Tatsachen § 79b

Fristversäumnis

- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand § 56

Führung

- elektronischer Prozessakten § 52b

G

Gebühren § 139

- erstattungsfähige § 139
- im finanzgerichtlichen Verfahren Anh. 1
- im finanzgerichtlichen Verfahren Anl. § 135-01, Anl. § 135-CD 01

Geheimschutz § 86

Gericht

- siehe Finanzgericht

Gerichtsakte

- Einsicht § 78

Gerichtsbescheid

- Antrag auf mündliche Verhandlung § 90a
- bei Entscheidung des Vorsitzenden § 79a
- Entscheidung durch - § 90a
- Form § 106
- Rechtsbehelf Anl. § 090a-01
- Wirkung § 90a

Gerichtsbezirk

- Änderung in der Abgrenzung § 3
- Ausdehnung über Landesgrenzen hinaus § 3

Gerichtskosten § 135, § 139, Anl. § 135-01, Anl. § 135-CD 01

Gerichtspersonen

- Ausschließung und Ablehnung § 51

Gerichtssitz

- Sitzung außerhalb § 91
- Verlegung § 3

Gerichtssprache § 52

Gerichtsverfahren

- grundsätzliche Bedeutung Anl. § 001-01, Anl. § 001-02
- Verfahrenshinweise für das Finanzamt (Gesamtdarstellung) Anl. § 001 - CD 02

Gerichtsverfassungsgesetz

- Anwendung des - § 155, § 156, § 4

Gerichtsverwaltung

- Dienstaufsicht § 31
- Verbot der Übertragung von Verwaltungsgeschäften § 32

Geschäftsfähigkeit, beschränkte

- Prozeßfähigkeit § 58

Geschäftsstelle

- der Gerichte § 12

Gesellschafter

- Klagebefugnis § 48

Gestaltungsklage § 41

Gewerbeuntersagung

- Hemmung der Vollziehung § 69

Großer Senat

- Entscheidungen § 11
- Vorlage § 11

Großer Senat des BFH

- Zusammensetzung § 11
- Zuständigkeit § 11

Grundsätzliche Bedeutung

- Unterrichtung der obersten Finanzbehörden Anl. § 001-01, Anl. § 001-02

Güterichter Anl. § 005-01

H

Haftung

- Gerichtskosten § 135

I

Inaugenscheinnahme § 81

Inhalt

- Urteil § 96

K

Klage

- Anbringung bei der Finanzbehörde Anl. § 047-01
- Anfechtungsklage § 40
- Arten § 40, § 41
- Befugnis § 48
- Feststellungsklage § 41
- Frist § 47
- Gegenstand des Verfahrens nach Änderung des angefochtenen VA § 68
- Gestaltungsklage § 41
- Klageänderung § 67
- Leistungsklage § 41
- notwendiger Inhalt § 65
- Passivlegitimation § 63
- Rechtshängigkeit der Streitsache § 66
- Sprungklage § 45, Anl. § 045-CD 01
- Untätigkeitsklage Anl. § 046-CD 01
- Verbindung § 43
- Verbindung und Trennung von Verfahren § 73
- Verpflichtungsklage § 40
- Vorverfahren § 44
- Zulässigkeit § 40, § 44
- Zurücknahme § 72

Klageänderung § 67

- im Revisionsverfahren § 123

Klagebefugnis § 48

Klageerhebung

- Form § 64

Klagehäufung § 43

Klagerücknahme § 72

- bei Schiedsverfahren § 72
- bei Verständigungsverfahren § 72
- Einwilligung des Beklagten § 72
- Kosten § 144

Klageschrift

- Zustellung § 71

Das **Praktiker-Handbuch Allgemeines Steuer- und Verfahrensrecht 2015** bietet Ihnen alle wichtigen Informationen aus den betroffenen Rechtsgebieten. Das Buch ist in zwei Teile mit jeweils einem eigenen Stichwortverzeichnis gegliedert:

- Der erste Teil enthält die Abgabenordnung mit Nebengesetzen und Verordnungen
- Im zweiten Teil ist die Finanzgerichtsordnung mit Anlagen und Rechtsprechung wiedergegeben.

In den Anlagen zu beiden Teilen sind u.a. BMF-Rundschreiben, Erlasse der Finanzbehörden der Länder sowie Rundverfügungen der Oberfinanzdirektionen aufgenommen.

Die Vorteile des Praktiker-Handbuchs auf einen Blick:

- hilfreich: alle Gesetzesänderungen sind durch Randstriche gekennzeichnet
- übersichtlich: anschauliche Abbildungen und strukturierte Tabellen
- praxisbewährt: handliches, kompaktes und stabiles Buchformat
- ideal für alle Angehörigen der steuerberatenden Berufe, der Gerichte oder der Verwaltung

Zusätzlich zum Buch erhalten Sie den Zugang zur Online-Ausgabe des Werkes. Dort können Sie in den vollständigen Inhalten des Praktiker-Handbuchs recherchieren.

Das **Praktiker-Handbuch Allgemeines Steuer- und Verfahrensrecht 2015** ist Teil der umfassenden IDW Praktiker-Reihe. Weitere Titel sind:

- Praktiker-Handbuch Lohnsteuer 2015 (ISBN 978-3-8021-1997-2)
- Praktiker-Handbuch Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Andere Verkehrsteuern 2015 Bewertungsgesetz (ISBN 978-3-8021-1999-6)
- Praktiker-Handbuch Außensteuerrecht 2015 (ISBN 978-3-8021-2000-8)
- Praktiker-Handbuch Bewertung des Grundvermögens 2015 (ISBN 978-3-8021-2001-5)

Ebenfalls im IDW Verlag erscheinen die Veranlagungshandbücher Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer 2014 jeweils mit Online-Zugang und Archivnutzung - als Einzeltitel oder als komplettes Steuer-Paket (ISBN 978-3-8021-1992-7).

